

metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Geschützt wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Gingetragen in die Reichspost-Berlingsche Liste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherer.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Ritterstraße 18 a part.
Telephonous: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro schriftgeprägte Kolonialzelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von
386300
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der von den Industrieherrn sonst so verpönten Öffentlichkeit hat sich nun auch der Berggrat Hilger, der Generaldirektor der oberschlesischen Laurahütte, erinnert; er rief die öffentliche Meinung förmlich zur Unterstützung seines Verlangens nach staatlicher Hilfe für die einst so stolze "Laurahütte" an. Schon in unserer Rundschau in Nr. 27 hatten wir die Vorgänge in der Laurahütte kurz beschrieben. Die Gesellschaft, die seit vielen Jahren fast ganz unabhängig von den Konjunkturschwankungen gleichbleibend gute finanzielle Ergebnisse erzielte, ist zur allgemeinen Überraschung im letzten Jahre in eine Situation geraten, die kaum die Beteiligung einer Dividende zulassen wird. Es überdauert, wie wir bemerkten, die Auffassung, daß ein solcher Misserfolg nur zu einem kleinen Teil auf die Krise zurückzuführen ist. Die Hauptschuld davon wird Hilger selbst zugeschoben, der mit hohen Kosten die Eisenproduktion von Laurahütte sehr stark vergrößerte und dadurch die bisher im Vordergrund stehende Kohlenproduktion zurücktreten ließ. Gerüchte wollten wissen, daß in den an der Laurahütte interessierten Kapitalgruppen scharfe Missstimmung gegen Hilger bestünde, ja es hielt selbst, daß er demnächst seinen Abschied erhalten oder nehmen werde. Vor kurzem hat Hilger über die Lage der Laurahütte und die Zukunft der oberschlesischen Eisenindustrie auf einem Veteranenfest der Laurahütte eine Rede gehalten, die viel beachtet wurde. Die oberschlesische Industrie, erklärte Hilger nach einem Bericht der Breslauer Zeitung, sei zwischen zwei Staaten eingeklemmt, Russland und Österreich, die beide hohe Zollschranken gegen sie errichtet hätten, um eine lohnende Ausfuhr nach diesen Ländern fast unmöglich zu machen. Zum anderen bereite die weitere Entfernung der ausländischen Erzläger, besonders die österreichische Eisenindustrie bei nahezu 100% ihres Bedarfes abhängig sei, durch die hohen Transportkosten eine solche Verteuerung der unentbehrlichen Rohprodukte, daß die oberschlesische Industrie sich auf die Dauer nicht mehr konkurrenzfähig halten könne, wenn der Staat nicht bald hilft. "Ich muß gestehen", sagte Hilger, "daß wir mit der eigenen Kraft so temlich am Ende sind". Der preußische Staat, führt er weiter aus, habe ja selbst das größte Interesse an der Erhaltung der oberschlesischen Industrie, in der 200 Millionen Mark Kapital gebunden seien, die sich zum Teil in kleinen Händen befinden. Ferner gäbe sie 45 000 Arbeitern lohnende Beschäftigung, und die Millionen, die an Lohn gezahlt würden, lämen doch, da sie an Ort und Stelle verbraucht und versteuert würden, den Kleinhandel und den verschleierten Gewerbearten, den Gemeinden und dem Staat zugute. Der Staat habe weiter ein Interesse an der Erhaltung der oberschlesischen Industrie, weil diese sich als ein festes Vollwert gegen den Ansturm der staatsfeindlichen Polen erwiesen habe. Frage man, mit welchen Mitteln der Staat helfen kann, so müßte darauf geantwortet werden: Durch Verbilligung der Selbstflossen, indem er die Eisenbahntarife für die oberschlesische Eisenindustrie billiger gestaltet. Dann würde es möglich sein, die Erze aus dem Ausland billiger zu bekommen und die fertigen Produkte billiger auf den Weltmarkt zu bringen. Was Hilger in dieser Rede über die Schwierigkeiten, mit denen die oberschlesische Eisenindustrie zu rechnen hat, sagte, ist nicht neu, wenn der Rossland von ihm auch übertrieben schwärzt gemacht wurde. Über merkwürdig ist, daß die von Hilger in der Laurahütte betriebene Geschäftspolitik in einem nicht zu vereinbarenden Widerspruch zu dieser von ihm geschilderten Lage der oberschlesischen Eisenindustrie steht. Wenn er die Verhältnisse, die nicht seit heute und gestern bestehen, wirklich überschaut hätte, so ist es völlig unverständlich, warum er gerade die Eisenbetriebe der Gesellschaft so übermäßig schnell ausgedehnt hat. Lange hat die Laurahütte daran festgehalten, ihre Betriebsverwaltungen aus den jährlichen Ueberschüssen durchzuführen, ein recht erheblicher Teil dieser Gewinne wurde in dieser Weise verwendet. Unter Hilgers Regierung ist, was seit 1873 nicht mehr geschah, das Kapital der Laurahütte durch Ausgabe neuer Aktien erhöht worden. In welchem außerordentlichen Umfang Betriebsverwaltungen aus den Ueberschüssen bestritten wurden, geht aus der Angabe Hilgers anlässlich der Kapitalerhöhung hervor, daß die Anlage der Laurahütte selbst bei der aller niedrigsten Bewertung auf 80 Millionen Mark bei dem nominellen Kapital von 27 Millionen Mark zu veranschlagen war. Besonders in den letzten 15 Jahren ist die Eisenabteilung der Laurahütte kolossal erweitert worden. Diese Ausdehnung begründete Hilger damit, daß seine Vorgänger die Eisenbetriebe in einem unbrauchbaren Zustand zurückgelassen habe. Fachkenner haben aber seit langem vor der Ausdehnung der Eisenproduktion in Oberschlesien gewarnt, die Überlegenheit der rheinisch-westfälischen Werke, die gerade bezüglich des Erzeugungsgutes erheblich günstiger gestellt sind, hat sich immer drückender gemacht. Unter diesen Umständen mußte die im Sturmtempo betriebene Erweiterung der Eisenwerke auf Kosten der Kohlenproduktion zu dem Fiasko führen, das nicht mehr länger zu verborgen war. Hilger kam auf den Posten als Generaldirektor der Laurahütte aus seiner fiskalischen Stellung im Saarrevier infolge seiner terroristischen Behandlung der Arbeiterschaft. Die Großaktionäre von Laurahütte haben nun eingesehen, daß glühendes Haß gegen jede Arbeiterorganisation sich sehr gut mit der negativen Fähigkeit paart,

die dazu gehört, ein seit Jahrzehnten hochrentables Eisenunternehmen bis zum Nullpunkt herunter zu wirtschaften.

Einen in Unbetracht der Krisenverhältnisse geradezu vorzüglichen Abschluß hat die Eisen- und Stahlwerk Gothaer Aktiengesellschaft in Dortmund für das Jahr 1908/09 berufen. Der Nohgewinn in diesem Jahre beträgt 7,46 Millionen gegen 7,18 Millionen Mark im Vorjahr. Hierzu werden 2,70 Millionen (2,55 im Vorjahr) zu Abschreibungen und 1,50 Millionen, wie im Vorjahr, für Umbau und Verlegung von Berganlagen verwendet. Der Nohgewinn ausdrücklich des Vortrages vom Vorjahr beträgt 8 976 452 M. gegen 8 696 404 M. im Vorjahr. Die Dividende kommt wieder in Höhe von 14 Prozent zur Verteilung, auf neue Rechnung werden 828 000 M. vorgetragen gegen 710 000 M. im Vorjahr.

Der Umsatz des Stahlwerksverbandes für den Monat Juli ergibt einen Versand an Produkten A (Halbzug, Eisenbahnmaterial und Formteilen) von 897 914 Tonnen. Der Verstand war um 9205 Tonnen höher als im Juli des Vorjahrs, er blieb jedoch hinter dem Versand im Juni 1908 um 20 712 Tonnen zurück. Wesentlich günstigere Zahlen bietet die Statistik über die Roheisenproduktion. Deutschland's Roheisenproduktion hat im Juli weiter zugenommen, sie betrug 1 091 059 Tonnen gegen 1 067 421 Tonnen im Juni 1908 und 1 010 770 Tonnen im Juli 1908. Die Erzeugung während der Monate Januar bis Juli 1909 stellte sich auf 7 340 548 Tonnen gegen 7 080 491 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahrs. In dieser Steigerung, durch die die Produktion bald wieder die Rekorde des ersten Halbjahrs 1907 erreichen wird, spiegelt sich aber durchaus nicht eine entsprechende Belebung der gesamten Eisenindustrie wider. Die "gemischten" Werke führen auf dem Roheisenmarkt einen unerbittlichen Kampf gegen die "reinen" Hochofenwerke, sie erhöhen die Produktion und brüllen die Preise fortwährend nur zum Zweck der möglichst schädigenden Bekämpfung der "reinen" Werke. Die Schleuderverluste in Roheisen durch die großen "gemischten" Werke sollen anscheinend auch noch weiterhin betrieben werden, denn es wird zum Beispiel berichtet, daß ein großes Werk am Niederrhein vor einiger Zeit Roheisenangebote zu den billigsten Preisen nach Belgien mache und dabei dem Käufer freistellt, sich um die Mitte des nächsten Jahres zu entscheiden, ob er zu diesen Preisen weiter beziehen wolle.

Die Maschinenindustrie hat nur in einzelnen Branchen eine leidliche Besserung der Lage erfahren. Die vom Amerikaner berichtete lebhafte Geschäftstätigkeit ist, wie der Frankfurter Zeitung geschrieben wird, auf das Exportgeschäft einstweilen noch ohne Einfluß geblieben. Im Inland ist die Beschäftigung nicht gleichmäßig, so wird aus Kreisen des Maschinenbaus für den Bergbau von einer leichten Hebung der Nachfrage berichtet, während Maschinen für Hüttenwerke weniger angefordert werden. Wenig erfreulich liegen die Verhältnisse in den Fabriken für Textilmaschinenbau. Der Werkzeugmaschinenbau leidet gleichfalls an Absatzmangel; vereinzelt war in den letzten Wochen hier eine kleine Besserung der Nachfrage zu erkennen. Etwa lebhafte geht es auch im Maschinenbau für Drahtbearbeitung; ferner haben die Walzengießereien bei allerdings unzureichenden Preisen wieder mehr zu tun, namentlich für die Ausfuhr. Größer gestalten sich die Umsätze neuerdings auch im Kesselsbau, doch klagen die Werke über Verkaufspreise. In den Eisenkonstruktionswerken ist wie im Waggonbau ist die Beschäftigung wesentlich geringer geworden, ebenso haben die Lokomotivfabriken infolge Reduzierung der staatlichen Bestellungen weniger zu tun. In der Fahrzeugindustrie ist die erwartete Belebung ausgeblieben, in Baumachinen bleibt die Beschäftigung schwach, nur in Apparaten für Tiefbauarbeiten kann eine Hebung des Absatzes konstatiiert werden.

Die Wirkungen des zur Annahme gelangten amerikanischen Zolltarifgesetzes lassen sich mit auch nur einiger Bestimmtheit noch nicht beurteilen. Einmal besteht Ungewißheit, ob Deutschland sich den Minimaltarif sichern wird, der durchschnittlich 25 Prozent niedriger ist als der Marimaltarif, der den Ländern gegenüber in Anwendung gelangt, die den Vereinigten Staaten nicht die unbedrängte Meistbegünstigung zuwenden, dann erschwert die Umwandlung von Wertzälen in Stückzölle einen Vergleich der neuen Zollsätze mit denen des alten Tariffs. Die Gruppe Metalle hat in dem Tarif anscheinend die wesentlichsten Veränderungen erfahren. Der Zoll für Eisenwaren wurde von 40 Cents auf 15 Cents die Tonne herabgesetzt, dementsprechend erfolgte eine Ermäßigung für Roheisen von 4 Dollar auf 2,50 M. und für Alteisen von 4 Dollar auf 1 Dollar die Tonne. Für verschiedene Stahlprodukte einschließlich Stahlseilen betragen die Zollermäßigungen bis 50 Prozent. Erhöhungen haben dagegen die Zollsätze erfahren für Baustahl, Rostermesser, Jangen und Zwischen sowie für neue Metallwaren. Nach Mitteilungen aus Singapur industrialer Kreisen soll die deutsche Stahlwarenindustrie durch den amerikanischen Tarif im allgemeinen, falls der Minimaltarif für Deutschland erlangt wird, nicht in einem so hohen Maße bedroht sein, wie es anfangs den Anschein hatte. Nur die Rostermesser, besonders bessere Qualitäten, sind mit bedeutend erhöhtem Zoll belastet worden, so daß das Geschäft hier wohl ziemlich schwierig werden wird. Einstweilen ruht das Geschäft in der Rostermesserfabrikation, der neue Tarif ist bereits nach der Unterzeichnung des Gesetzes durch den Präsidenten in Kraft getreten, die neuen Zollsätze haben damit sofort Geltung erlangt, nur für wenige Artikel kommen die alten Zölle bis nach dem Abschluß

des gefündigten deutsch-amerikanischen Handelsabkommen, bis zum 6. Februar 1910, in Anwendung.

Mit einer erhöhten Konkurrenz der Amerikaner werden die deutschen Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen bei ihrem Absatz in Russland in Zukunft zu rechnen haben. Die Ausfuhr landwirtschaftlicher Maschinen von Deutschland nach Russland ist nicht unbeträchtlich. Die Amerikaner werden, um den russischen Einfuhrzoll zu sparen, in Russland eine große Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen errichten, und zwar im Zentrum des südrussischen Getreidegebiets. Das Kapital des amerikanischen Konsortiums, das die Fabrik errichten und betreiben wird, soll 12 Millionen Rubel betragen. Anscheinend handelt es sich auch hier um eine Gründung des amerikanischen trusts für landwirtschaftliche Maschinen, der bekanntlich auch in Deutschland, in New York (Albion), demnächst eine Maschinenfabrik eröffnen wird.

Die Melbungen, daß deutsche Unternehmungen, die bisher für den amerikanischen Export arbeiteten, nach dem Inkrafttreten des neuen Tarifs Betriebe in Amerika selbst errichten werden, sind bisher durch positive Angaben noch nicht bestätigt worden, dagegen wurde bekannt, daß die italienische Automobilfirma "Fiat" wegen Erschwerung der Ausfuhr in den Vereinigten Staaten eine Automobilfabrik gründet.

Eine neue Maschinenfabrik, die die Massenfabrikation von landwirtschaftlichen Spezialfabrikaten betreiben soll, wird jetzt unter der Firma Hannoversche Landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Hannover errichtet. Der bisherige alleinige Inhaber der Bielefelder Maschinenfabrik in Hannover, die kürzlich in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, ist der Gründer des neuen Unternehmens. — Eine Fusion kündigt die Aktiengesellschaft Höhndia in Elsterwerda an. Die Gesellschaft, die als Spezialität Metallschrauben fabriziert, beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, die das Abkommen mit einem anderen Unternehmen des gleichen Geschäftszweiges beabsichtigt Vereinigung der beiden Betriebe genehmigen soll. Um welches Unternehmen es sich dabei handelt, wird bisher geheim gehalten.

Zur Maifeierfrage.

III.

Die reservierte Haltung, die die sozialdemokratische Partei Deutschlands 1890 und 1891 zur Frage der Arbeitsruhe eingenommen hatte, behält sie auch auf dem Berliner Parteitag (14. bis 21. November 1892) bei, obwohl der dort als Gast anwesende Genosse Dr. Viktor Adler aus Wien mit all seiner Bereitschaft für die allgemeine Arbeitsruhe eintrat. Schon in seiner Begrüßungsrede ließ er durchblicken, daß ihm die Haltung der deutschen Partei in dieser Frage nicht gefalle, er erwähnte dabei, daß der 1. Mai für die Arbeiter in Österreich eine besondere Bedeutung habe, die noch dadurch erhöht werde, daß sie politische Rechte nicht hätten, weil Österreich zu Asien gehört.

Die Maifeier bildete auf dem Berliner Parteitag einen besonderen Punkt der Tagesordnung, als Resolutio fungierte Genosse Gertsch, der folgende Resolution vorlegte:

„Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie: Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. In diesem Tage demonstriert die klassenbewußte deutsche Arbeiterschaft mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Arbeitstag und die internationale Regelung der Arbeiterschutzgeklagte im Sinne der bekannten Pariser Resolution.“

Um die Feier zu einer einheitlichen und dadurch in ihrer Wirkung nach außen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß, wie im Vorjahr, so auch in Zukunft, die Leitung der Feier der politischen Organisation, der Partei, zufällt.

Als die vollständige Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitsruhe. Da jedoch weber durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitsruhe zur unbedingten Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäftslagejunktur in erster Linie mit bestimmt wird, beschließt der Parteitag eine für alle Zeit gültige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmungen über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche Misere, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamation der allgemeinen Arbeitsruhe für den 1. Mai 1893 als unbedingt fällig und beschließt daher, die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.“

Genosse Gertsch begründete diese Resolution wie folgt: „Der auf dem internationalen Kongreß in Paris gefaßte Beschuß, den 1. Mai eines jeden Jahres als Arbeitstag für die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft der ganzen Welt zu betrachten, wurde sowohl mit allseitiger Begeisterung gefaßt, als auch überall mit Begeisterung aufgenommen, wo Proletarierherzen schlagen. Doch hat dieser Beschuß, wie kaum einer, zu manigfachen Meinungsverschiedenheiten gegeben, zwischen den Genossen der einzelnen Länder sowohl, als auch der verschiedenen Nationen untereinander. Der Umstand, daß nach dem Brüsseler internationalen Kongreß auch der nächstfolgende in Zürich noch wieder mit der Maifeier beschäftigt wird, beweist zur Genüge, daß die praktische Gestaltung der Maifeier auch heute noch gegen seitige Verständigung bedarf. Über die erste Maifeier bei uns will ich nicht reden, über sie ist in Halle einlebend diskutiert worden. Aber die Erfahrungen, die wir mit dieser ersten Feier gemacht haben, veranlaßten bekanntlich die

Gesetz, im Februar 1893 eine Rundgespräch an die deutsche Arbeiterschaft zu stellen, in der gefragt wurde, ob die Fraktion den deutschen Arbeitern empfiehlt, die Wale am ersten Sonntag im Mai zu begehen und weiter darüber zu wägen, ob auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten würde. In dieser Weise haben wir in den folgenden Jahren die Waleiter gesetzert und dabei bis jetzt stets gewonnen, daß eine wichtige etablierte Waleiter, wenn die großen Waleiter vertraglich an übernehmen sollen, nur an einem Sonntag möglichen. Nachdem aber der Kongreß in Brüssel gesprochen und unsere dort anwesenden Delegierten sich folger Auffassung angeschlossen haben, können wir nicht mehr, wie früher, die Waleiter am ersten Sonntag des Mai begehen. Wir haben uns also an den 1. Mai zu halten.

Eine weitere Frage ist, wie es bei der Fete letzten soll. Die erste Fete wurde hauptsächlich von den gewerkschaftlichen Vereinen geleitet. Die zweite wurde teils von der politischen Partei und teils von den Gewerkschaften geleitet und die diesjährige Maifeier wurde fast ausschließlich von der politischen Partei in die Hand genommen, und sie ist dazu wohl auch am geeignetesten. Die Partei hat überall Vertrauensmänner, nicht so aber eine gewerkschaftliche Organisation. Was also bisher in der Praxis sich stillschweigend ausgebildet hat, muß durch einen Beschluß festgelegt werden. Es fragt sich nur, in welcher Weise wir die Fete begehen wollen, und da ist zweitens die würdigste Form die allgemeine Arbeitsruhe, falls diese möglich ist. Bereits 1891 hat die Fraktion mit Rücksicht auf die damalige schwere wirtschaftliche Krise von dieser Form absieben zu müssen geglaubt; um wie viel schwieriger würde es heute sein, die allgemeine Arbeitsruhe zu proklamieren, wo die Notlage sich noch verschärft hat! So war werden heute wohl nicht mehr in gewissen Kreisen jene Hoffnungen gehegt, welche Siegenthaler Bismarck hegte, an der Spitze des Ministeriums einen schnellen General zu haben, der darauf ausginge, die Sozialdemokratie beseitigt zu einem Putsch zu bewegen, sie in einen Strohkettenkampf zu verwickeln und ihr einen gehörigen Überlaß anzubieten zu lassen, aber anderseits hat sich die Situation für uns insofern verschoben, als wir es jetzt in Deutschland nicht mehr mit einzelnen Unternehmern, sondern nur noch mit Unternehmen zu tun haben. Unsere gewerkschaftlichen Organisationen sind wegen der Misere der letzten Zeit leinestwegs dem Unsturm der Unternehmer gewachsen, und wir können es von unserem Standpunkte nicht gut verantworten, gerade unsere besten und tüchtigsten Kämpfer dem Feinde in einem vorher verlorenen Kampf auszusetzen. Nun hat Genosse Adler in seiner Begrüßungsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß diese Angelegenheit beispielswise in Österreich eine ganz andere, eine erhöhte Bedeutung besitzt als bei uns, weil den österreichischen Genossen eine ganze Reihe von politischen Rechten mangelt. Wir aber sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundsätze in ganz anderer Weise nach außen zum Ausdruck zu bringen, als durch die Maifeier. Wir müssen uns auch stets fragen, ob die Opfer, die eine Sache erfordert, im Verhältnis stehen mit dem Risiko und Nutzen derselben. Und da sage ich, wenn wir in der Lage sind, fortgesetzt diese unsere Wünsche im Parlament zum Ausdruck zu bringen, wenn unsere ganze politische Tätigkeit eine fortgesetzte Demonstration für unsere Grundsätze ist, so können wir unter diesen besonders ungünstigen Umständen sehr wohl auf eine Demonstration in Form der allgemeinen Arbeitsruhe verzichten. Wir schlagen deshalb vor, mit Rücksicht (im Protokoll über den Partitag steht: Wir schlagen die Fete vor mit Rücksicht) was zweitens eine Ungenauigkeit ist. Neb.) auf die zurzeit herrschende wirtschaftliche Misere, und da ein geschäftlicher Aufschwung bis zum nächsten Jahre ausgeschlossen ist, die nächste Maifeier am Abend des Mai abzuhalten.

Den Genossen der anderen Länder, speziell Deutschland, denen dies eine gewisse Enttäuschung bereitet hat, möge dabei gesagt sein, daß wir die Rücksicht auf die eigenartigen Umstände, unter denen wir uns einmal in Deutschland auf unter der neuen Gouvernierung befanden, uns veranlassen, die Sache so zu machen. Und ich glaube, daß die Genossen aus ganz Deutschland bei ruhiger Überlegung einsehen werden, daß wir nicht anders handeln können. Daß wir den Gedanken der Brüderlichkeit, der Solidarität der Arbeiter aller Nationen auch hierbei nicht außer acht lassen, ist selbstverständlich. Die Genossen werden gerade jetzt Gelegenheit haben, draußen im Lande vor größeren Volksmassen diese Fragen zu behandeln, und sie werden sich überzeugen, daß nichts so bestenswerten als jenen Befall findet als der Hinweis, daß wir mit den Arbeitern aller Länder sozialistisch verbunden sind. Es fällt uns nicht ein, bis in die letzten Zeiten der Macht einer festen Norm geben zu wollen. Die Form der Macht durch allgemeine Arbeitsschule ist aber mir unter zwei Voraussetzungen möglich. Ganz sicher die sozialistische Konjunktur ist eine so überaus ungünstige, daß der Unternehmer es überhaupt nicht mit einem Konkurrenzunternehmen löst, oder aber unsere Macht ist bereits so groß, die Menschen lieben bereits in so großer Weise zu was, daß wir auch mit den ungünstigsten Verhältnissen es wagen können, unsere Freiheit zu verteidigen. Soll aber das letztere der Fall, befinden wir die Menschen, dann wäre es doch eigentlich ein Kreislauf, noch zu dem von Frieden, dann sind wir vielleicht bedroht, die Hand zu legen, um die Verhältnisse selbst zu ändern.

Aus allen diesen Gründen sind wir dazu gekommen, Ihnen die Resolution in der vorgetragenen Form zu unterbreiten. Es wird unsere Aufgabe sein, auch in der Weise, wie es hier ausgedrückt wird, zu demonstrieren und den Gedanken einer allgemeinen internationalen Solidarität zu erhalten so überzeugend und nachhaltig zum Ausdruck zu bringen, wie ihn die Genossen anderer Länder zur Ausführung bringen, der große Gedanke, der auf dem internationalen Kongreß von Leoben gestanden ist und von Seiten der deutschen Arbeiter jetzt nach allen Seiten bestätigt worden ist."

Es liegen zu dem Buche noch einige andere Beiträge und aus
Ausdehnung der Redaktion vor, auf deren Niedergabe wir her-
sichtigen können. Zu der Debatte wurde nun von den meistern Reisern be-
hauptet, daß die Arbeitsschule in Deutschland unbedenklich sei. Wir
läßt, da uns eine Niedergabe der ganzen Debatte aus räumlichen
Gründen zweckgebühr ist, nur die Sätze der Gelehrten Dr. A d l e r ,
G o l l m a t und B e b e l unter Bequemung nebensächlicher Stellen
einer kleinen Sammlung Dr. N a d l e r 's entnommen:

hier folger. Einige Dr. Adel er zieht aus:

„Ich möchte vor allen feststellen: Ihre Begründung enthält einen kleinen fehlerhaften Fehler. Der Prinzipielle Beschluss (siehe vorige Ressorter der Reichsgerichts-Periode) lässt nicht, dass es den einzelnen Rechtsen überlassen bleibt, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln, sondern er legt es wirkt die Mittelmaßnahmen aus, und nur die, wo sie unabdingbar angebracht sind, das einzige mögliche verfahren ist. Wir Österreicher haben eine politischen Freiheit. Ihr Wahlrecht nicht, und der Konservativen sagt Ihnen: ja die Österreicher, die können und müssen die Meinung haben, weil sie eben das Wahlrecht nicht haben. Wenn wir auch das Wahlrecht hätten, aber haben werden, so reicht die Meinung bei uns immer eine gewisse Stütze föhlen, denn wir haben unsere Bedeutung nicht als eine ernsthaftlich politische auf. Wir glauben, dass die Sozialdemokratie noch lange nicht so stark ist, wie die Städte, die in Beziehung sind und in Beziehung gehabt werden sollen. Und in diese Worte kommt nicht der 1. Mai in Österreich zu entgegen, durch die Arbeits-

Sie wagen bedenken, daß in Österreich, in Freistadt Schule und Kirche nicht begüten werden wird. Wir haben dieselben Einschätzungen wie Sie. Wir haben 1890 bei der ersten Wahlperiode den Zusatz verhindern gegenübertgestanden. Sie sind leichtlich aufgeflogen darüber, und waren denn hier erst einen jämmerlichen Schluß gekommen, weil haben wir nicht gerade die Einmischung des Katholizismus in die Schule verhindert, sondern hat der gesamte Katholizismus, das *Centrum imponierend*.

Wäre in Deutschland und in England und überall von vorherigen
die Haltung eingenommen worden, wie wir sie einnahmen, so wären
die Schlacht für uns gewonnen worden. Ob sie heute noch zu gewinnen
ist, weiß ich nicht. Auch hat uns das Unter-
nehmertum ganz anders organisiert und zentralisiert als früher.
Deshalb aber wurde auf dem Wiener Pariserstag beschlossen, und es wird
ausgeführt werden, daß der 1. Mai mit Arbeitsschuß gesetzelt
wird. Die Stellung auf die Gegner ist hier nicht maßgebend. Wenn
wir tun wollten, was sie gerne sehen, so würden wir überhaupt
wenig machen. Wir sehen nur daran, ob die Arbeiter-
schaft am Orte aus der Fabrik herauszubringen
ist, ob sie mitgeht, und da sage ich Ihnen, daß trotz der schweren
Schläge, die wir 1891 gehabt haben, auch im nächsten Jahre die
Maifeier aufrecht erhalten werden wird. Es ist nicht bei uns
der 1. Mai immer ein Feiertag gewesen, aber nun
für die Bourgeoisie. Wir haben den Feiertag auch beim Arbeiter ge-
geben, und nun würde man es nicht begreifen, wenn wir ihn aus-
gäben. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse für das nächste Jahr
sehr ungünstig liegen, aber wir würden im höchsten Grade unsicher
in Österreich handeln, wenn wir die Schlacht bereits verloren gä-
ben, ehe sie uns von den Unternehmern angeboten ist. Nun sprach
man hier von einer Fete am Abend des 1. Mai. In Österreich
ist es uns ganz unmöglich, daß wir die Fete auf den Abend ver-
legen, und zwar deshalb, weil wir dazu den 1. Mai gar nicht brau-
chen. Wir können ja ebensogut am 15. Juli oder am 18. August
oder am 1. Oktober so viel Abendunterhaltungen und Versammlun-
gen veranstalten, damit würde die Bedeutung des 1. Mai für
uns vollständig verloren gehen. Das mag bei Ihnen an-
ders sein, aber ich glaube, daß Sie sich an das Urteil der
Geldsäcke nicht zu lehren brauchen. Nur noch eins! Auf dem Wege
nach Südwärts gibt es nirgends einen Halt, auch bei uns nicht.
Ich habe bereits in meinen Begrüßungsworten gesagt: wenn Sie
vortäts gehen, werden Sie die Österreicher an Ihrer Seite fin-
den. Aber erlauben Sie, daß ich Ihnen sage: Sie werden uns an
Ihrer Seite finden, nur wenn Sie vortäts gehen, wenn Sie Süd-
wärts gehen, nicht!"

Siehe weitere Dok. im Absatz Matseiter

"Ich bekannte, daß ich, als die Deputierten zum ersten Mal
selekt wurde, einer derjenigen war, welche einer Arbeitsniederlegung
sehr zuneigten. Mit mir haben es auch die Münchener Genossen ge-
ton, und wir haben 1890 in München in der Tat vollkommen
Arbeit niedergelegt. Aber es wäre töricht, die Erfahrungen, welche
man an einem Orte gemacht hat, so ohne weiteres auszudehnen
einen Schluß für ganz Deutschland daraus zu ziehen. Es hat sich
schon 1890 — und wir hatten damals wesentlich bessere Arbeits-
bedingungen als jetzt — gezeigt, daß die allgemeine Ar-
beitsseinstellung in Deutschland nicht möglich
war. Wir wollen uns jetzt nicht mehr über den Standpunkt
fall streiten. Aber soviel ist gewiß, daß Hamburg damals nicht
nur selbst außerordentliche Opfer hat bringen müssen, sondern daß
ganz Deutschland monatelang ausschließlich
für diese Arbeitsseinstellung Opfer zu bringen
hatte. Adler sagt uns, natürlich sei das den Geldsäcken unan-
genehm, wenn wir die Arbeit einstellen; wir hätten uns jedoch nicht
nach den Geldsäcken zu richten. Wenn wir uns auf den Standpunkt
stellen, daß wir gerade das tun, was den Geldsäcken unangenehm
ist, dann geben wir gerade den Geldsäcken die Möglichkeit, uns zu
beeinflussen. Richtig könnte ihnen angenehmer sein, als eine Ar-
beitsniederlegung in dieser arbeitslosen Zeit. Adler vergibt auch
vor allen das eine, daß wir in unserer neueren Arbeiterrückzug eine
Bestimmung haben, welche, wenn sie nicht ganz besonders auf die
Mausfeier gezeichnet ist, jedenfalls sich ausgezeichnet als Werkzeug
der Maßregelung verwenden läßt; das ist der Kontraktbruchpar-
agraph. Dieser Gesichtspunkt ist aber für mich noch gar nicht aus-

schlaggebend. Wir würden uns aber darüber streiten, ob ich täuschen und uns selbst Illusionen machen, wenn wir glaubten, daß in Deutschland auch nur ein Viertel oder ein Zehntel der Arbeiter dazu bereit sei, die Arbeit niedergelegen. Schon 1890 ist das nicht möglich gewesen; heute ist es noch weniger möglich. Heute leben die Leute nicht an Arbeitsüberschluß, sondern an Überfluss von Arbeitsmangel, und geradezu töricht wäre es von diesen Leuten, die kaum hinreichend zu arbeiten haben, wenn sie auch das noch gegenwärtig aufs Spiel legten, bloß wegen einer Demonstration. Nun ist noch ein anderes heranzubringen. Adler hat gesagt, wir sollten diese Frage nicht gleichgültig nehmen. Rein, gewiß ist uns das nicht gleichgültig, aber wenn wir die Frage nicht unterschätzen, so dürfen wir sie doch auch nicht überhöhen. So kommt wohllich nicht in die Gefahr, als ob die Arbeiter sich bestimmt umungen unterdrückte und gleichgültig hielte; aber immerhin bilden alle diese Beschlüsse in ihrem weitesten Umfange mit ein unvergeordnetes Glied in unserem gesamten Programm und in der gesamten Bewegung, und wenn wir für vieles weiter gehend Dinge, als hier in Frage stehen, demonstrieren wollen und Opfer zu gewähren haben würden, wie beim Beschuß einer allgemeinen Arbeitsniederlegung ganz absehbar sind, wütend wir dann einen entsprechenden Beschuß fassen? So sage: nein. Man würde hier ganz richtig darüber debattieren und schließlich sagen, daß Allgemeine, die ganze Bewegung hat für uns mehr Verlust als das angeblichste Glück, die Demonstration. Um viel weniger können wir für die bestreiten Rechte, die hier in Frage führen die Karreristen aufs Spiel legen. Man spricht von

Frage stellen, die zumindestens aus Sicht jeder Partei eine Agitationssittel zur Heranziehung von Zuhörerinnen und Zuhörern sind nun die unauflieblichen Folgen davon, dann kommen Sie und sagen: nun nützt es nichts! Und wenn wir kein Geld, ja zu unterdrücken haben, was dann? Diese Agitation ist also nicht von Nutzen. Ich stehe daher auf dem Standpunkt der heutigen Art der Kaiserin und bitte Sie, diese Art jetzt nur nachvollziehen zu wollen. Dass alle Jahre nun Beschlüsse feststehen und werden soll, ist eine ganz ungünstliche Sache. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind derart, dass für die nächsten Jahre höchstens eine Aenderung nicht vorzuhaben ist. Ich bitte Sie deswegen, den betreffenden Fasces zu freien und auszusperren, das verlängern, bis zur weiteren Bejahung oder Neinigung, der Beschluss von heute überhaupt gelten und nicht jedes Jahr von neuem Frage gestellt werden sollte. Abler hat sehr witzigsvoll seine Rede damit geöffnet, dass er segte, die Österreichier werden immer auf einer Seite sein, wenn ihr Vorsatz geht, nicht aber, wenn ihr Entwurf geht. Wenn ein Beschluss, der nach reichlicher Abstimmung nicht gründlicher Meinung der Bevölkerung gefragt wird, dann ist dies der Verhängung, dass ein stärkerer Beschluss unter den jetzigen Verhältnissen nicht durchgeführt werden kann, ein Rückzug gewant wird, ja ist das ganz gleichgültig, aber es kann nicht geschickteres in politischen Dingen machen geben, als wenn man etwas auch weiszusehen hat, dass es durchführbar sei, eigenhändig geholt, bloß um mich nicht sag zu lassen, dass man seinen Entschluss gefunden habe. Die österreichische Sozialdemokratie mag blicken, gedenken und sich entwideln. Sie wird uns bei jedem Vorwurfs streiten ihrer Seite stehen, und die Genossen dort wegen ja nicht meinten, wenn wir aus politischen Gründen den Beschluss fassen, nicht auf eine Partei zu setzen, welche nur einen kleinen Teil unserer Gesetzgeberräume wünscht, wir den Rückzug angetreten haben. Derzeitige Sozialdemokratie wird so gut wie die österreichische nicht wortlos, sondern nach jeder Richtung vorwärts gehen!"

Genössische Wehrkraften führt sich wie folgt:
Wir müssen uns bei der gegenwärtigen Beschlügsfassung darüber klar sein, daß der Beschluß, den wir fassen, erstmals einmal alle Bemühen gelten soll, und zweitens, daß er derjenige ist, vielleicht eine weitaus von allen anderen Beschlüssen in der gena
~~heit beachtet und wahrscholl~~ der Gegenstand sehr le-
hafte und heftiger Angriffe auf dem rößli

internationalen Arbeitersongress in Bremen werden wird. Ich bin mir nun sehr wohl bewußt, daß wenn irgendwo die Arbeiter unter dem Beschluß, den wir vorschlagen, zu leiden haben, in eine ungünstige Position gebrängt werden, es unsere Österreichischen Brüder sind. Ich will mich bestimmt auch auf eine ausschließliche Förderung der Verhältnisse der Brüderparteien der verschleierten Länder nicht einlassen, weil solche die Situation unserer Genossen in Österreich noch weiter verschlechtern würde. Gegen Kampfwahl bemerkte ich, daß von dem, was er über die Bourgeoisie in Österreich und bei uns gesagt hat, das Gegenstell richtig ist. Das Unternehmertum ist bei uns viel rücksichtsloser und brutaler als irgendwo anders. Wenn wir demonstrieren, müssen wir es in einem Maßstabe tun, der der Bedeutung der größten Partei Deutschlands Ehre macht. Wenn wir also nicht von vorhersehn einer Niederlage erleben wollen, müssen wir in der Lage sein, wenn es sich um dieselbe Wahl zur Arbeitsruhe zu bewegen, welche wir am 20. Februar 1890 auf die Beine gebracht haben; wenn wir das nicht vermögen — und das ist bei weitem nicht zu erwarten —, ist schon von vornherein die Niederlage da. Wir in Deutschland dürfen einen solchen Kampf nicht wagen, wenn wir nicht sicher sind, daß wir unter allen Umständen auch Sieger bleiben. Sehr richtig ist von Vollmar auf die neue Gewerbeordnung hingewiesen worden. Gar kein Zweifel, daß die Gerichte das Ruhenlassen der Arbeit gegen den Willen der Unternehmer als Kontraktbruch aussäßen würden. Die Folgen beselben kennen wir ja, die fürchten wir auch nicht. Über die weiteren Folgen, die Aussperrungen, die Arbeitslosigkeit usw. hunderttausend Arbeiter, welche sicher auß Pflaster geworfen werden, dauernd unbeschäftigt zu können? Können wir das, dann sage ich: Demonstrieren wir, erklären wir die Arbeitsruhe. Müssen wir aber zugeben, daß wir das nicht können — und es würde sich um eine wochen- und monatelange Unterstützung handeln —, dann können wir die Demonstration nicht machen. Nun hat Adler mit seinen Schlussworten: So lange ihr vorwärts geht, habt ihr uns auf eurer Seite, wenn ihr rückwärts geht, nicht! großen Beifall gefunden. zunächst sind wir in dieser Frage noch gar nicht rückwärts gegangen. Wir haben den Standpunkt der Österreicher eingegommen. Andersseits aber erkläre ich offen: Wenn ich mich hincessen lasse, einen Schritt zu tun, von dem ich nachher erkenne, daß er nicht im Verhältnis zu den dadurch erreichten Vorteilen steht, dann mache ich einen solchen Schritt nicht mehr. Wird die Arbeitsruhe beschlossen, trete ich selbstverständlich mit aller Kraft für sie und ihre Folgen ein, dann müssen wir alle unsere Energie für die Fehler im größten Maßstabe austreten. Dann antworten die Gegner aber auch mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, denn so stehen sie heute nicht, daß sie vor uns zu Kreuze kriechen müssen. Wären wir schon so weit, die Demonstration siegreich durchzuführen zu können, hätten wir auch die Macht, noch viel mehr zu erreichen. Die deutschen Regierungen und die deutsche Bourgeoisie lassen aber die Demonstration ernst auf; der Kampf wird ausbrechen und wir nehmen ihn auf in der ungünstigsten Position. Die wirtschaftliche Krise, die Arbeitslosigkeit, werden bewirken, daß ein großer Teil der Arbeiter uns nicht folgt, weil sie sich sagen, wir verlieren die Arbeit, bekommen keine neue, und anderseits sind hunderttausende von Arbeitern in der Lage, in die Stellen der herausgeworfenen einzutreten zu können — kurz, ich spreche es offen aus, die Bourgeoisie wäre Loren, wenn sie den von uns ihnen hingeworfenen Handschuh nicht aufzunehmen. Und da sage ich nochmals, den Weg, auf dem ich eine Niederlage voraussehe, gehe ich nicht. Wenn ich mir das Kampffeld wählen kann, wähle ich mir das günstigste; jetzt sind wir in der Lage, es zu wählen. Anders, wenn es uns aufgezwungen wird, dann ist die Ehre der Partei engagiert, dann müssen wir mit allen Kräften den Kampf auslöschern. Aber hier, wo die Niederlage unserer Partei in sicherer Aussicht steht, wo uns durch die Arbeitseinstellung kolossale materielle Opfer auferlegt werden? Dann brauchte die Regierung bloß noch den Reichstag einzuladen und kurz nach dem 1. Mai Neuwahlen vornehmen zu lassen, dann möchte ich das Resultat sehen! . . .

Die Engländer werden ja auch diesesmal wieder am ersten Mai-
sonntag demonstrieren. Auch mir erscheint es am zweitmäigsten,
den ersten Sonntag beizubehalten, weil dann der 3. Mai
der Demonstration ohne unverhältnismäßigliche
Opfer erreicht wird. Denn so liegt die Sache nicht, daß
man die Fete des 1. Mai proklamiert, um einen Kampf à outrance
mit der Bourgeoisie zu führen. Die Deutschen haben, vielleicht mit
verschwindenden Ausnahmen, diese Meinung geteilt.
Nun hat Adler dadurch, daß er sagte, durch die Fete nur am Abend
werde die Demonstration so inhallos, daß man in Österreich eben-
sogut am 1. November oder am 18. August, oder an jedem anderen
Tage im Jahr, ein Fest feiern könnte, die Bedeutung der Sache —
er mag mir das nicht übel nehmen — herabzusetzen versucht. In
solchem Sinne feiern wir doch nicht den 1. Mai; wir wollen aller-
dings dem zugrunde liegenden Gedanken der Internationalität in
den Versammlungen am Abend des 1. Mai Ausdruck geben. Adlers
Ausschaffung ist also eine falsche. Wäre der 1. Juli oder der
1. November genommen worden, so würden wir diesen feiern,
da aber der 1. Mai genommen ist, so feiern wir ihn, machen aber
von dem Rechte Gebrauch, wie es in Paris beschlossen worden ist,
zu handeln, wie es uns den gegebenen Umständen gemäß am zweimäigsten erscheint. Die Gleichzeitigkeit der Demonstra-
tion ist das Entscheidende. . . .

Genosse Dr. Adler ergriff in der Debatte noch einmal das Wort und sagte:

Die Frage ist eine so internationale, wie wir keine andere haben. Wollen Sie sich nur ruhig fragen: Wie weit ist es denn eigentlich her mit den internationalen Zusammenhängen, von denen wir so viel sprechen? Die sozialistischen Parteien haben sie nur durch internationale Kongresse und durch den 1. Mai, und nur die Massen ist ins Volksbewußtsein eingedrungen, von den Kongressen weiß das Volk eigentlich recht wenig. Gerade aus dieser Grunde ist die Reise nicht so anzusehen, wie sie Vollmar dargestellt hat. Der Gedanke, daß in einer Stunde, zu derselben Zeit, sowohl die kapitalistische Ordnung herrscht, die Proletariat alle von einem Feind erfüllt sind, ist ein viel tieferer, viel revolutionärerer, als der, der allein mit dem Arbeiterschutz gegeben ist; das glaube ich am religiösen Moment, das hierin liegt, dürfen wir nicht übersehen, und ich möchte Sie bitten, sich doch unsere Gegner darauf hin anzusehen. Die unterschiedlichen diese Gefühlsdinge wahrlich nicht. Glauben Sie, daß die Kirche von der Bourgeoisie etwa nur deshalb so gefürbert werden, weil die Bourgeoisie religiös ist? Das war und ist sie nicht, sie weiß aber, wie diese Gefühle im momente auf die Massen wirken, macht sich das zunutze. Wir tun sehr gut daran, unserer Bewegung ein solches Moment des Enthusiasmus einzubringen.

Ich bin Böslmar sehr dankbar für die außerordentlich höfliche Abschließung, die er mir hat zuteil werden lassen (Gesetzlichkeit); er wie auch Bebel haben nur gesagt, Sie seien nicht eigenstimmig. Glauben Sie ja nicht, daß bei uns in Österreich diese Richtung, die ich hier vertrete, auf Eigenstimm beruht. Wir würden sofort zurücktreten, wenn wir glauben würden, einen Fehler begangen zu haben. Wir haben aus dem 1. Mai eine Kraft der Begeisterung gesehen, die wie das Umpflügen eines vom Pflug noch nie bearbeiteten Urgebietes gewirkt hat; wo wir mit unserem Programm, mit unserer schönsten Reden noch lange nicht hinkommen, da hat die Maifeier feste Wurzel in den Herzen des Proletariats in einer Weise gesetzt, daß sie nicht wieder herausgerissen werden kann. Daß

fachten, und wenn sie es könnte, dann könnte sie noch viel Erfolgs erzielen. Wir sind gewiß in Österreich schwächer als die deutsche Sozialdemokratie und haben viel zu erledigen, bis wir nachkommen, aber das und schon die Dinge so wie überall: Wenn kann die Macht haben, einen Schritt zu machen, aber darum hat man noch nicht die Macht, alles zu machen; Sie können manches durchsetzen, anderes nicht. Wenn Sie sagen, Sie halten es nicht für gut, an diesem Sonntag, der nur eine Demonstration ist, die Partei anzulegen, so sagt sich das die Bourgeoisie auch. Sie will nicht mit jämmerlichen Arbeitern in Österreich bloß wegen des 1. Mai den Kampf aufnehmen, und sie wird das im nächsten Jahre um so weniger tun aus einem der noch gar nicht verdeckten Grunde. Im Jahre 1891 war die Maifeier so schwer auszuführen, weil der 1. Mai auf einen Freitag fiel. Das liegt im nächsten Jahre völlig anders. Es gibt für den 1. Mai gar nichts günstigeres, als daß er, wie 1888, ein Montag ist, und darum erkläre ich, wenn Sie den Beschluß fassen — und Sie werden ihn ja fassen, denn für meinen Standpunkt hat bloß einer und nur für seine Person gesprochen —, daß Sie in diesem Jahre die Arbeitsruhe nicht haben, dann werden Sie sie überhaupt nicht mehr haben!

Sie werden den den Beschluß fassen, ich bin davon überzeugt; er bedeutet für uns entschieden eine Erinnerung an die Situation. Wir müssen in Österreich auch mittellen, daß wir diesen Beschluß für einen Fehler halten, aber wir werden unseren Genossen auch erzählen, daß die deutschen Parteigenossen den Beschluß, den wir ablehnen, mit volleiner Überlegung und im Geiste ihrer Verantwortung gefaßt haben. Diesen Eindruck habe ich; vielen wird es nicht leicht, diesen Beschluß zu fassen. Das ist das einzige, was für uns die Sache leichter macht und uns das Bewußtsein gibt, daß, wenn wir in dieser speziellen Frage nicht harmonisieren können, wir doch in den anderen Fragen gestimmt dastehen werden!

In seinem Schlußwort bemerkte der Referent Gerisch: „Auch mir ist es schwer geworden, unsere Resolution Ihnen zu unterbreiten, weil ich auch bei der ersten Maifeier mit allem Feuer für die allgemeine Arbeitsruhe eingetreten bin. Aber unter dem Zwange der Verhältnisse konnte ich mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die veränderte Lage eine andere Taktik bedingt. Wenn der Genosse Adler meinte, an einem und denselben Tage müßten die Proletarier von derselben Seite bestreit die Feier beginnen, so halten wir eben darum an dem 1. Mai fest.“

Bei der namentlichen Abstimmung wurde dann die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai mit 236 gegen 5 Stimmen bei zwei Enthaltungen verneint. Es wurde dann über die weitere Prinzipielle Frage namentlich abgestimmt, ob die Feier am 1. Mai oder am ersten Sonntag im Mai stattfinden sollte. Für den 1. Mai stimmten 167, für den ersten Sonntag 73 Delegierte. —

Genosse Weibel nahm dann nach dem Berliner Parteitag noch Veranlassung, in der Neuen Zeit (Nr. 14 vom Dezember 1892) einen Artikel über „Die Maifeier und ihre Bedeutung“ zu veröffentlichen, in dem er nach Mitteilung der Resolution des Pariser Internationalen Kongresses folgendes ausführte: „Aus dem Sinn und Wortsinn dieser (auf dem internationalen Kongress im Jahre 1889 in Paris angenommenen) Resolution geht aber auch weiter klar hervor, daß man nicht beachtigte, was man später unterstellte, mit der Demonstration eine Art Kraftprobe abzuholen, um die Bourgeoisie und die Arbeit zu veranlassen, um die Bourgeoisie und ihren Staat zu zwingen, nicht nur den Achtstundentag zu bewilligen, sondern auch die Forderung der Arbeiter, sie als eine der Bourgeoisie politisch gleichberechtigte Klasse anzuerkennen, zu gewähren. Der Zweck der Demonstration war vielmehr der, dem Gedanken der Solidarität der Arbeiterklasse in allen Kulturländern Ausdruck zu geben, indem man gleichzeitig und einmütig für eine Forderung eintrat, von der alle überzeugt waren, daß sie ohne internationale Regelung schwierig Ausicht auf Erfolg habe.“

Die Ausführung dieses Beschlusses war denn auch eine verfehlte. Die erste Maifeier 1890 lieferte hierfür zunächst die Beweise. Die englischen Arbeiter verzögerten von vornherein darauf, eine Kraftprobe mit der Arbeitsruhe anzustellen, obgleich ihnen die beste Organisation und die reichlichsten Mittel zur Verfügung standen, sie entschieden sich sogar dafür, nicht am 1. Mai, sondern am ersten Sonntag im Mai zu demonstrieren. Sie sagten sich, daß eine Demonstration von Belang am 1. Mai abends, namentlich bei den Größbündnissen Londons, nicht zu erwarten sei, eine Demonstration am Tage durch Ruhm der Arbeit aber einen Kampf mit der Bourgeoisie provoziere, der Opfer erfordere, die im ersten Maibehältnis zu dem Erfolg stehen würden; sie sagten sich ferner, daß schließlich das Ziel nicht auf dem Wege der Demonstration — die niemals etwas anderes als eine nicht alltägliche Form der Agitation sein kann — erreicht werde, sondern durch den politischen Kampf an den Wahlsäulen. Gegen diesen Anschauungen haben die Engländer an der Demonstration am ersten Sonntag im Mai festgehalten, und sie lehnten es auch in Brüssel ab, sich für die Feier am 1. Mai zu entscheiden.

Anderer als die Engländer begingen die Franzosen die Maifeier; sie bestand in der Hoffnung darin, daß die Arbeiterorganisationen Depputationen absänderten, welche den Behörden die Forderungen der Arbeiter zu überbringen hatten. Die Niederlegung der Arbeit kam am 1. Mai 1890 und 1891 in Frankreich nirgends in größerem Maßstabe vor und blieb selbst in Paris weit hinter dem zurück, was man nach den vorausgegangenen Agitationen für die Arbeitsruhe erwartet hatte.

In Deutschland wurde infolge eines Aufrufs der Reichstagsfraktion, der den einzelnen Orten die Art der Feier überließ, aber im allgemeinen auf die Bedenken gegen ein Ruhm der Arbeit hinwies, teils durch Arbeitsruhe und Versammlungen am Tage, teils durch Abhaltung von Festen und Versammlungen am Abend des 1. Mai demonstriert.

Die erste deutsche Maifeier war zwar allgemein, aber sie war nicht einheitlich, und dieser Mangel an Einheitlichkeit, den man dem Anfang der Fraktion zu Lasten schrie, ist namentlich im Ausland den Deutschen sehr verübt worden. Bei den Deutschen hatte man um so mehr auf die allgemeine Arbeitsruhe gerechnet, als durch den glänzenden Ausfall der Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 bereits in der Kommission herankommen sahen. Aber auch in den eigenen Reihen waren starke Meinungsverschiedenheiten eingetreten, die auf dem ersten Parteitag, den die Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes wieder in Deutschland, und zwar in Halle, abhielt, zum Ausdruck kamen.

Das Ergebnis dieser ersten Maifeier war, daß überall, wo die Demonstration durch Ruhm der Arbeit begangen worden war, so insbesondere in Hamburg, teilweise in Berlin und anderwärts, durch Massenmaßregelungen der Feiernden der Partei enorme Opfer auferlegt wurden. Unter anderem wurde das stets obwillige, in allen Kämpfen der Partei als festes Volkswerk geltende Kampf auf längere Zeit nahezu vollständig kampfunfähig gemacht. Und ähnlich lagen die Verhältnisse in Berlin und an anderen Orten.

Die Ankläger behaupteten zwar, daß gerade durch die Zivilexplosion in den eigenen Reihen diese Niederlagen herbeigeführt worden seien, und sie klagen insbesondere die Fraktion als den Schuldigen an. Unserer Erfahrung mit vollkommenem Unrecht. Eine Demonstration durch allgemeine Arbeitsruhe würde, angefäßt der festgeschlossenen Organisationen der Bourgeoisie durch ganz Deutschland, die hierbei von den Staats- und Reichsgewalten die kräftigste Unterstützung fände, zu einer allgemeinen Niederlage der Partei und zu einer unendlich größeren Zahl von Opfern geführt haben. Die Partei der Bourgeoisie und ihrer Verbündeten über die Wahlen am 20. Februar war hochgradig und ließ ihr den Kampf auf einem Gebiet höchst würdig erscheinen, auf dem sie, wenn sie entschlossen wären, den Sieg mit Sicherheit in der Tasche hatte. Das

ergaben die Beobachtungen vor dem 1. Mai, als sie auf den Strom liefen, das zeigte der ungemein hohe und spät nachher, als sie sich, doch sie lag in ihren Erwartungen getäuscht hatte. Außerdem geht es für sie, den drohenden Krieg des Sozialismusgegners als einen politischen Fehler seines Manages herauftreten.

Die Erlebnisse dieser ersten Maifeier veranlaßten die Fraktion,

für die Maifeier 1891 allgemein den Sonntag als Demonstrationstag zu empfehlen, ein Rat, den die ganze Partei mit win-

igenen Maßnahmen nachlief. Die Partei, die Deutschland und die ganze Weltreise erfaßt hat, sollte auch in Österreich. Heute, seitdem und daraus entstandenes Interesse des Deutschen im Inland, in dem eine politische Partei wie die Sozialdemokratie, will sie nicht in die Verderbung rennen, eine Kraftprobe mit ihrem Gegner aufnehmen kann. So einzigartiges Geschäft an einem Besuch, daß verfehlbar durchführbar war, wäre ein Fehler, und in der Politik ist nach Zeile und Zeile nicht bloß von den Fehlern der Regierungen, sondern auch von den Fehlern der Parteien. Das wird man überall beherzigen müssen, wo man vor der Frage steht, ob man eine im Vormarsch befindliche Armee öffnen Auges einer Fliegerlage auch noch dann entgegenführen will, nachdem ein Hindernis sich gezeigt hat, das zunächst als unlösbar angesehen werden muß. Die Gegner werden bereitwillig einen Kampf aufnehmen, in dem sie so sicher und ohne Mühe und Schaden zu siegen vermögen.

Die Seiten sind ernst, und sie werden täglich ernster. Und da entscheidet weiter die Frage, ob ich in jischer Zeit für eine Sache Opfer ohne Zahl bringen darf, die unter der Ungunst der Umstände keine Aussicht auf Erfolg hat, wenn ich mich durchaus auf einen anderen Gebiet schaue, die gegebenenfalls auf einem anderen Gebiet stellen. Videant consules, ne quid res publica periret. (Habtacht, Konzil, daß das Gemeinwohl keinen Schaden erleidet.)

Aus Amerika.

Vom Ohio bis zum Stillen Ozean.

Von Thagrin.

III.

Um den eintönigen, sähnen Ufern des Mississippi liege St. Louis. Vor mehreren Jahren trat diese Stadt mit zwei Kundmachungen vor die Welt: daß sie der schlechtest verwaltete Ort der ganzen Union sei und daß die ganze Welt eingeladen sei (zur Ausstellung) zu kommen, um sie zu sehen. Den Ruf, die schmutzigste Korruption zu besitzen, hatte St. Louis weniger wegen der Größe der öffentlichen Dienststühle bekommen, denn darin ist Palais de l'opéra, die fromme Quälerstadt, nicht zu schlagen, sondern eher, weil die Bevölkerung sie paßlos unterstützte, darüber wußte. In anderen Städten hörte man nach Aufdeckung der Schande doch wenigstens für einige Zeit das bürgerliche Gewissen schlagen und die Wahlen brachten immerhin momentan zu etwas wie eine Reform aus. Nicht so in St. Louis. Dessen Bevölkerung kannte die Dienststühle der langfingerigen Insassen der beiden Rätschamnen, des Stadtrats und des Gemeinderats, sie wußte aber hätte wissen müssen von jedem unsauberen Geschäft. Über sie tat nichts. Im Gegenteil, sie wählte fortgesetzt dieselben Langfinger wieder und sprach über deren Smartness, wenn wiederum ein Raub gelungen, ja, sie ließ die Clique auch im Amt und beim Diebstahl, als sie zum Tell schon angeklagt und selbst verurteilt worden war. Die Schamlosigkeit dieser Stadt war einfach pyramidisch; ihre Bürgerschaft war mit den an ihr vollzogenen Plünderungen einverstanden und bestätigte das am Stimmabstaben. Unterwürfige vollzogen die Repräsentanten des Volkes die Raubzüge bei dunkler Nacht, in St. Louis am hellen Tage, dort mit diplomatischen Gesten und ohne Anrufung der Hilfe Gottes, hier in handgreiflich plumper Weise und stammem Gebet. Doppelt genietet hält besser. Der Bob Butler betete unablässig, nachdem er die Belehrungsgelder in Sicherheit gebracht, daß die Bill wofür er bezahlt war, glatt durchgehe. Die Erböhnen des Volkes waren total unschuldig, die Bedeutung eines gesetzlichen Alles zu verstehen (Steffens), aber dafür waren sie in einem „Combins“ straff organisiert und von dem Irishman Butler, einem ehemaligen Hofschiied, bei ihren Raubzügen gut geführt und streng gehalten.

Es kommt ja, wie in St. Louis, so ähnlich in allen größeren Städten Amerikas vor, daß die Beamten Lizenzen ausspielen und den Größen dafür in ihre Privattasche stecken, daß der Inhalt der Stadtkasse gegen Zinsen ausgeliehen wird, die ihren Weg in Privatbeutel finden, daß die städtischen Fuhrwerke von den Weibern und Kindern der Stadtbewohner als Privatbesitz betrachtet und benutzt werden, daß die Rechnungen der Armenverwaltung die Buchung von ledernen Gerichten und französischen Weinen aufweisen, während die Armen elend begegnen, daß dem einen Stadtratsmitglied die Lieferung der Lebensmittel, dem anderen die der Druckäpfchen, wieder einem anderen die der Arznei zugeschaut werden. Hierin machte also St. Louis keine Ausnahme. Worin sie aber die anderen Kommunen übertraf, war, daß bei ihr eine Skala in Kraft war, die die Summen vorschrieb, die an die Stadtväter oder Beamten zu zahlen waren, ehe eine Abstimmung vorgenommen oder eine Erlaubnis gegeben wurde. Es mußte gezahlt werden für die Begrüßung einer Vorlage oder für die Opposition oder für die Enthaltung bei der Abstimmung. Abgelehnet von geringen Ausnahmen wurde keine Konfession bewilligt, letztmals „Katholiken stattgegeben, ohne daß den Stadtvätern der Beutel gefüllt“ werden mußte. Durch die Preisliste wurde der Dienstbande ein regelmäßiges, hohes Einkommen sichergestellt.

Die schwärzesten Jahre waren 1893, 1899 und 1900. Ausländische Korporationen erschienen zur Teilnahme an der Ausraubung der Stadt. Gerechtsame, die nach Millionen zu bewerben sind, wurden bewilligt, ohne daß dafür für die Stadt ein Äquivalent gefordert worden wäre. Korporationen, die sich weigeren, die Stadtväter zu bereichern, mußten fortziehen, die Bürger mit größter Frechheit geplündert. Die städtische Lohnliste wies mehr Namen von nichtexistierenden Personen auf, öffentliche Arbeiten wurden noch mehr vernachlässigt, während das dafür bestimmte Geld in die Säcke der Gemeinderäte wanderte.

Nur ein paar Beispiele: Während der Unmöglichkeit des Bürgermeisters Liegenhei in Halle die Stadt wochenlang in Dunkelheit, weil die Beleuchtungssumme (175 000 \$), die die Stadtväter für Beleuchtung des Beleuchtungsvertrages verlangten, ihnen noch nicht geleistet war. Die über den Lichtmangel klagenden Bürger wies ihr Oberhaupt mit den Worten ab: „Geht zum Mond!“ Ein Gemeinderat eröffnete der Präsident die Sitzung ungefähr so: „Gentlemen, vor uns liegt die Sagen wir Strafanhänger“. Wieder sollen wir dafür verlangen?“ Die Vorschläge schwankten zwischen 40 000 und 100 000 \$. Die mittlere Summe wurde gefordert und verteilt, der Bob erhielt die Hauptsumme, seine Gefährten den Rest zu umgleichen Teilen. Durans entsprang gar oft Zechbüchse, gegen seitiges Beschimpfen mit Revolvergelirr, das durch ein Komplot in Handgeschüttel gewandelt wurde. 1898 beworben sich zwei Korporationen um Wahlurkonsessionen. Die eine spendete 250 000 \$ an die Stadtväter, die andere nur 115 000. Die letztere erhält die Erfüllung ihres Gesuchs. Bei dieser Gelegenheit (Central Tractive) hatten Stadtväter, um sicher zu gehen, von beiden Korporationen einen Beleuchtungsvertrag angenommen. Da sie aber nur für eine Summe kamen, so gab es dann noch Klagen über diese „Unmöglichkeit“ und auf Herausgabe der Silberlinge.

Eine große Idee kam von Philadelphia. Dort hatten die Stadtväter das Gaswerk an einen privaten Konzern verhandelt, dem bald das Wasserwerk folgen sollte. So etwas glaubten die

Mr. Deutscher Stadtbüdner mindestens auch fertig zu bringen. Sie suchten einen Hause für das Wasserwerk. Dieses Gebäude war so weit, für Fünfzehn wollten sie es kostengünstiger. Eine Million verlangten sie als Mietpreis geboten. Nach weiteren Ringen man. Die Räuberischen Bestrebungen rückten für den Verkauf aufgenommen. Dazu konnte es glücklicherweise nicht kommen; ein Zusatz behinderte es, vorbereitend zweigefangen. Dieser Zusatz dieß folgt.

Dieser Foss wurde wieder seinen Willen von den bloßschen Gelehrten als Distriktsanwalt aufgestellt und gewählt. Er sagte, er wolle seine Pflicht tun. Selbstverständlich gewährten ihm die Diebsgesellen verständnislosig zu. Und er tat seine Pflicht, nur in etwas anderer Weise, als es seine Begünstiger erwartet und gewünscht hatten. Er stellte die Stadtväter unter Anklage, ja selbst die Wahrschwörer, die ihn in sehr Kürze „gezählt“ hatten. Darauf Besitznahme in den „besten Kreisen“, Drohungen, Witten, Versuche und Rückenkehrung. Alles umsonst. Er versorgte die Diebe, brachte sie vor Gericht und zur Verurteilung, aber keinen einzigen Gefangen! Einige entzogen sich durch die Flucht, füllte die anderen besorgte die Appellinstanz eine Aushebung des Urteils.

Foss ist dann als Gouverneur für Missouri gewählt worden. Dem öffentlichen Diebstahl ist kaum Abbruch getan worden. Foss war ein Zufall und ebenso war es sein (anstänglicher) Erfolg in der Verfolgung der bloßschen Stadtväter. Er hatte nur überrascht. Es wird nicht so leicht wieder geschehen. Wie in den anderen Städten, so ist auch in St. Louis seitdem größere Vorsicht in der Auswahl der Kandidaten für die Staatsanwaltschaft etc. angewandt. Dem Betrug ist eine „solidere“ Organisation gegeben oder durch eine „soziale Ehrlichkeit“ ersetzt werden. Zedenfalls gehen Diebstahl, Versteckung, Betrug etc. ungeschickt weiter. Vielleicht nur etwas mehr verborgen. Ende 1907 stand wieder eine oberfaule Missfare (Straßenpflasterung, dreimal teurer für die Steuerzahler und hundertmal minderwertiger als die bisherige) in St. Louis auf der Tagesordnung, durch die die Stadt wiederum um Tausende von Dollars betrogen worden ist.

Diese schreckliche, alle Bevölkerungsklassen durchsidernde Korruption und der gräßliche Mangel an bürgerlicher Moral werden nur übertrifffen von dem Mangel an dem Gefühl des Pflichtgefühls für die arbeitende Klasse. Dass nach dem Gesagten die öffentlichen Institute nur von den Kreaturen der herrschenden Elite geleitet werden und den Interessen der Besitzung zahlenden Corporationen dienen, ist selbstverständlich. Für die Kommunalverwaltung existiert das Proletariat ein, auch nicht. Sozialpolitische und hygienische Einrichtungen existieren nicht. Unter der Malaria hat die Bevölkerung heute gerade noch so zu leiden, wie einst die Gemeinde der Flatter. Die Stadthäuser sind unzureichend und — von einer Ausnahme abgesehen — schmutzig; Arbeitsnachweise oder allgemein zugängliche Volksbäder oder Gerichte, wo der Arbeiter seinen Lohn ohne Umstände einzahlen kann, sucht man, wie übrigens in ganz Amerika, vergeblich. Die Wasserleitung ist ein gutes Transportmittel für Sumpf und Lehm. Die Straßen, abgesehen von den Distrikten, wo die Feichen wohnen, sind schmutzig und mit Löchern geziert. Im Norden der Stadt sieht man Straßen, für die die Bezeichnung Feldwege noch zu gut ist. Wagen siedeln bis zur Achse im Schlamm. Die Bürger behelfen sich, indem sie große Steine in den Sumpf werfen, um ihn überschreiten zu können. Andersseits wird aber der, der in der Straße spuckt, sofort eingelocht und mit 25 \$ gebläßt; vorausgesetzt, er habe keinen „Pull“ oder könne die Räder der öffentlichen Ordnung nicht schmieren.

Spricht man mit Eingeborenen über den hohen Stand der Korruption oder den niedrigen Stand der öffentlichen und gewöhnlichen Moral, so weisen sie auf die Unwissenheit der Fremdenmassen hin. Das soll eine Entschuldigung, wenn nicht gar eine Glorifizierung der „amerikanischen Rasse“ sein. Sagt man Ihnen dann aber, daß auch die Geweindeszen mit großen Prozentzäckern hier geborener Bürger dieselben Stolzvölker haben und daß in der Regel ein Eingeborener dessen Vorbüters Wiege im freienen Schland oder England stand, der Diebeskompromitt ist, wie in New York, St. Louis, Pittsburg, Philadelphia etc., dann werden sie auch noch nicht verlegen, sondern antworten unverdrossen: Gibt uns erst eine Gelegenheit, wir sind noch ein junges Land. Dieses Argument hat nun schon gar keine Beleidigkeit, sondern es ist mit zunehmendem Alter wohl unternehmungslustiger, lässiger, dreißiger und pfiffiger werden, aber wohl immer ehrlicher. Das scheint auch in Amerika der Fall zu sein. Allerdings gibt es Leute, freilich zuweist solche, die nicht direkt unter der Röhre zu leben haben, die sie sozusagen aus der Vogelperspektive betrachten, die erstaunlich von einer Abneigung der Korruption sprechen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Sohl aber hat sie die Leute, sich in glatteren Rahmen, in „einfacheren“ Formen zu regalisieren. Sie wird „einfacher“ in der Form und schwächer und größer in der Sache.

Der schweizerische Heimarbeiter- schutz- kongress.

Der am 7. und 8. August in Zürich abgehaltene Feierabendtag der Gewerkschaftsversammlung dient als ein Erfolg der Arbeiterschaft bestätigt werden. Er hat von über 400 Personen, vorwiegend zahlreiche Frauen, hauptsächlich vom Schweizerischen Arbeiterschaftsverband und darunter die meisten Vertreter gewerkschaftlicher Organisationen waren, besucht. Beide Tage fand auf der Feierabendtag der Bundesrat, 19 von den 25 Staatenregierungen, die Schweizerische Nationalbank und die politischen Verbände und vom Ausland waren ehemaligen Gewölle Saarbrücken (Berlin) als Vertreter der Gewerkschaften der Gewerkschaften Deutschlands, der bekannte Sozialökonom Dr. Rittmann, junger Vertreter der Regierungen von Österreich, Ungarn, Belgien und der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Bei der sehr gesättigten Feierabendtagung des Schweizerischen Arbeiterschaftsverbandes, der den Antrag erörterten und dem auch die christlichen (katholischen) Organisationen angehören, und da im Vorigen Jahresauskunft hatte, der 1. St. zufüllte, ja war es eine etwas gesetzte Geschäftigkeit, die sich die Feierabendtagung zuhielt; unzwecklos war die Feierabendtagung zweckloses sozialdemokratisches und demokratisches am 2. August. Der Antrag fand in dem großen, kleinen Saale des Hochgerichtsgebäudes statt, in dem die Feierabendtagung stattgefunden wurde. Eine höhere Ausschüttung war, bis jetzt Schätzungen fertig, als auch die Verhandlungen nicht geklärt wurden.

Bei der Vergesellschaftung des Kongresses fanden: 1. Die politisch-ökonomische und soziale Entwicklung der Schweiz. 2. Die Schweizarbeit und die Staatsbeamten. 3. Die geistige Regierung der Schweiz.

Neben dem ersten Punkt referierte im gründlichen und sehr detailliertiger Weise der katholische Professor Dr. Seel (Freiburg). Er beschrieb die katholisch-pfälzische und jüngste Bedeutung der Heimarbeit im Sinne der Sozialität und der durch die Gewerbeausbildung gelehrte geforderten Tischlerei und enthielt hierzu eigene Ansprüche, für die das katholisch-pfälzische Wirtschaftssystem eingesetzt wurde. Die Anfrage wurde übernommen und erläutert, wobei wiederum wichtige Zahlen wurden, wie rund 9 Prozent aller Schuharbeiter der Eckeck durch den unverzweigten Rückstrom ihrer arbeiten

hindürfen Arbeitskraft in der Heimarbeit körperlich und geistig entzweit werden. Es sei endlich an den Gott, daß hier die Kombinationsgegenüberstellung eingreife und unter stütziger Mitwirkung der Gewerkschaften der Kantone dieser allerbefriedigendsten Schadentwölfung der Heimarbeit ein Ende mache. Erstwieg sieht es in der Haushaltswirtschaft mit den Löhnern, die so tief stehen, daß sie in den allermeisten Heimarbeitsbetrieben nicht hineinschicken, einem erwachsenen Menschen die angestrengte Arbeit sein Auskommen zu sichern, geschweige denn ihm die Kosten des Familienhaushaltes zu beden. Verschlimmert wird dieser Zustand noch durch eine ganze Reihe von Nebenkostfaktoren, von denen hier die Wohnungsmisere und die übeln hygienschen Missstände hervorgehoben seien. Als Hauptursache dieser für unsere Stützpunktheit beschämend tiefen Löhne muß das den Kapitalistischen Tendenzen durchaus entsprechende Verbot, der Unternehmer erlaubt werben, die Umlosten des Betriebes sämtlich auf die Arbeiter abzuwälzen, die in der Heimarbeit nicht nur die sogenannten Generalspesen für Arbeitsraum, Beleuchtung u. s. w. tragen müssen, sondern auch durch die denkbar niedrigsten Löhne dem Unternehmer einen möglichst hohen Profit verschaffen sollen. Nachdem der Referent die Mittel der Selbsthilfe und Staatshilfe für den Kampf gegen die Missstände in der Haushaltswirtschaft erörtert hatte, schloß er mit dem Appell an alle zum Zusammenwirken im Dienste einer durchgreifenden Heimarbeitsreform. „Dann wird die mutige Selbsthilfe der Heimarbeiter im Bunde mit dem energischen Eingreifen des Staates und mit der freien Gemeinnützigkeit unsere nationale Haushaltswirtschaft zu höheren Betriebsformen emporführen.“ Die Quintessenz seiner Ausführungen fasste der Referent in folgende Thesen zusammen:

"Für Erzielung einer wirklichen Heimarbeitsteform ist von der organisierten Arbeiterschaft der Schmelz zu verlangen: 1. die tatkräftige Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter und des Betriebs der Heimarbeitergewerkschaften zu den Zentralverbänden; 2. die Unabhängigkeit der Vorarbeiten für ein zu schaffendes schweizerisches Heimarbeitsgesetz seitens des schweizerischen Arbeiterbundes und der Gewerkschaften; 3. Maßnahmen zur Beseitigung der Heimarbeit in der Konfektions-, Leber-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie, überhaupt in solchen Betriebsarten, deren Haushaltbetrieb eine Schädigung der Produzenten oder Konsumenten bedeutet; 4. die Unterstützung der Heimarbeitergewerkschaften in der Abschaffung von Kartellverträgen, in der gemeinschaftlichen Beschaffung elektrischer und anderer mechanischer Betriebskräfte für die Heimarbeit, in der Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Altersversicherung auf die Heimarbeiter und in der Gründung von Genossenschaftsgesellschaften; 5. die Organisation von künftigen schweizerischen Heimarbeiterkongressen, soweit solche nötig sein werden.

Von der Eidgenossenschaft ist zu verlangen: 1. der Erlass eines schweizerischen Heimarbeitsgesetzes; 2. die Schaffung eines Heimarbeitinspektorate mit dem nötigen männlichen und weiblichen Inspektionspersonal zum Zwecke der Durchführung des eidgenössischen Heimarbeitsgesetzes.

Von den R e o n t o n e n muß erwartet werden: 1. die wirksame Mithilfe zur Einführung der elektrischen Kraft in eigenen haus- und industriellem Anlagen, in denen der Motorbetrieb der Arbeiterschaft Nutzen bringt; 2. die Rücksichtung der Schulbehörden, der Lehrer und Lehrerinnen zur Durchführung derjenigen Vorrichtungen des eidgenössischen Heimarbeitsgesetzes, welche den Kinderarbeits betreffen; 3. das bestreite Vorgehen mit gemeinnützigen Fördergesellschaften zur Schaffung neuer Erwerbsmöglichkeiten für solche Bevölkerungskreise, welche durch das Verstehen gewisser nicht mehr lebensfähiger Heimarbeitarten erwerblos werden. —

Alkilonskomitee zur Durchführung seiner Begehrungen.“ Der Rekordt über „Die Heimat erobert die Konzessionen“ war ebenfalls ein katholischer Professor aus Freiburg.

Herr Bruns, der in französischer Sprache die Gesagten bei
Seinmarke für die Konsumenzen durch die Uebertragung von Stand-
hältern schilderte und im übrigen die soziale Räuberliga empfahl. In
einer von ihm beantragten Resolution wird das Zusammenwirken
von Gewerkschaften und der sozialen Räuberliga, namentlich durch
Unterstützung der Konzessionalität der Gewerbeinspektion vor-
geschlagen.

Über die gesetzliche Regelung der Heimarbeit hält einen vorzülichen Vortrag Professor Dr. Siegen Bauer, Sekretär des internationalen Rates für Arbeiterschutz in Basel. Er meinte nicht unzutreffend, Heimarbeit sei Geschäft, deren Eindruck verdient und nicht öffentlich erkennbar sei. Vor der Wohnung des Heimarbeiters macht heute der gesetzliche Arbeiterschutz Halt und so haben wir unzählige Kinderarbeit, ungemeinsame Dauer des Arbeitsstages, Nacharbeit der Frauen und Kinderjährlingen, plötzlichen Eintritt der Arbeits- und Verdienstlosigkeit u. s. w. Daraus erheben die organisierten Arbeiter den Ruf: Fort mit der Heimarbeit! Aber wann kann nicht 100 000 Menschen mit ohne weiteres den Verdienst entziehen, sondern muss den Heimarbeitern den Anschlag zu höheren Verdienstausfällen erleichtern, ihre Organisation ausbauen und ihnen in mehr moralischen Halt geben. Man kann mit einem Feste alles tun, was man tun soll, denn alles, was zur Befreiung der belägernden Zustände gesordnet wird, ist heute schon in seinen Anfängen vorhanden, so dass es nur eigentlich

vor uns die Bevölkerung des heutigen England handelt. Und nun gab er mit gründlicher Kenntniss eine übersichtliche Darstellung der internationalen Heimarbeiterkonzession, an deren Spitze neben dem anglo-sächsischen Staat den England und verschiedene Staaten der nordamerikanischen Union stehen, deren wichtigsten Teil die USA sind und die Minimallöhne bilden. In England hat das Unterhaus ein beschäftigendes Gesetz einstimmig angenommen und des Oberhofs wird ihm in nächster Zeit zweifellos ebenfalls seine Zustimmung gegeben. Dr. Bauer erinnerte auch das bekannte jellische Antrittsrede des Staatssekretärs des Reichsministeriums und jehigen Reichstagsabgeordneten B e t h m a n n - H o l l w e g in der Reichstagssitzung für die Gewerbeordnungswelle gegen den Beschlüsse betreffend die Errichtung von Lohnämtern, die er als den „ersten Schritt zum sozialdemokratischen Zulauferstaat“ bezeichnete, der nach der Meinung unserer Regierung bestimmt schon oft gemacht wurde, so daß die vielen „ersten Schritte“ aus eigentlich schon längst in denselben hinreichend haben würden. Der Referent freiste auch die Wirkungen des Heimarbeiterkonzesses auf den Export, dessen angedrohte Erhöhung oder Verminderung dagegen ausgeschlossen wird. An dem Beispiel der Appenzeller Seidenverarbeitungsmeister, die mit ihrer guten gewerkschaftlichen Organisation Kartoffelzucker, Minimallöhne und Lohnverhältnissen erlämpfen und wobei der Export stieg, wies er nach, daß die Einführung von Mindestlöhnen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht erhöht. Der Referent fordert vom Staat direkte Vergütung seiner Arbeiten, zum Beispiel der Universal-

Einer sozialen Regulierung ferner zu dienen, zum Beispiel um zu verhindern, daß die Arbeitnehmer und arbeitsfähige Auszubildung der hierfür aufgestellten Löhne, während beide die Arbeitnehmer nur einen Teil derselben geprägt werden. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsosten zusammen sollen auch die Bodenspekulation und den Wiederaufbau befreien sowie Betriebslizenzen auf genossenschaftlicher Grundlage errichten. Einer schweren Kritik unterzogen wurden mit dem in der Konkurrenz- und Währungsrichtlinie festgelegten System, das Abzugszwecken und der sogenannte blinde Abstand (Rückleitung des Lohnes auf den Zeitpunkt der Fertigstellung der Arbeit). Eine besondere Schattenseite der Heimerwerbstätigkeit ist auch die Häufigkeit der Entgebungen der heimarbeitenden Frauen und die größere Kindersterblichkeit. Auch die praktische Fortbildung der Arbeitslosenfürsorge wurde gefordert. Richt-

Die ausführliche Rendition, welche der Redakteur am ersten, im
die Erfahr., sondern die Gewerkschaften der „alten Kollegen“ im
eigenen Lande, die ungetrübten Verhältnisse ihr Dasein haben.
Viele Länder sind der Schatz zum Tell vorangegangen und schlie-
ßen (was bekanntlich sozialpolitisch mit dem rückständigen ist) welche
im nächsten Jahre in Verbindung mit einer Heimarbeitsschaffung
einen internationalen Heimarbeiterschutzbund einberufen. Und das-
um schloß der Referent mit dem Aus: Die Schweiz an die Front!
Der Vortrag erntete wohlverdienten reichen Beifall. Seine Aus-
führungen verdichtete Dr. Bauer in dieser Resolution:
„Der erste allgemeine schweizerische Heimarbeiterschutzbund vom
7. und 8. August in Zürich fordert gesetzlichen Schutz der mensch-
lichen Arbeitskraft in der Heimarbeit. Er verlangt zu diesem Zweck:
1. In Sachen d. e. Lohnes f. o. m. a) Von Bund: Erleichterung des Heimarbeitergesetzes auf Grund des Gewerbeartikels.
Dieses hat zur Ausgabe: Einschaltung von Einigungsdämmern zur Fest-
setzung von rechtverbindlichen Mindestlohnsätzen in der Heimarbeit.
Verbot des Tricksystems, Bekanntgabe der Lohnsätze vor Uebert-
nahme der Aufträge, Regelung und Einschränkung des Abzugs-
wesens. Erledigung von Streitigkeiten aus Wiedehungsverhältnissen
in der Heimarbeit durch Gewerbegericht. b) Von den Kantone n: Auszahlung des Eidgenössischen Tariffs für die Armee-
bekleidung in vollem Umfang an die Heimarbeiter. c) Von den Gemeinden: Geeignete Maßregeln der Wohnungs- und Werk-
stättenpolitik zur Regulierung der Mietzinsen. d) Von Bund, Kantonen und Gemeinden: Direkte Ausgabe der Uni-
formenfabrikation für die Armee, für Eisenbahn-, Post- und Tele-
graph-, Toll-, Straßenbahn-, Polizei- und andere Angestellte an die
Heimarbeiter ohne Verantordnung an Unternehmer, mindestens nicht
an solche die nicht Tariffläche abdecken.“

2. In Sachen des Kindes- und Frauen schutzes und des Sonntags ruhe. Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren und der Frauennachtarbeit durch Bundesgesetz; Einführung einer Schonzeit für Wöhnerinnen; Verbot der Sonntagsarbeit.

in der Heimarbeit. Verhaltungsmaßregeln an die Kantone beim Ausbruch von ansteckenden Krankheiten. Declarationszwang bei in der Heimarbeit hergestellten Waren der Konfektions- und Lebens- und Genussmittelindustrie. b) Von den Kantonen und Gemeinden: Erlass von Wohnungsgesetzen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse. Wohnungseinspektion.

4. In Sachen der Versicherung der Bergarbeiter. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung des Bundes und der Altersversicherung der Kantone auf die Heimarbeiter. Subvention von Kärsensonds, Stromabgabegenosenschaften und Genossenschaftsergagereien.

5. In Sachen der Durchführung dieser von uns late. Registrierzwang. Ergänzung des Fabrikinspektoreates durch männliche und weibliche Heimarbeitsinspektoren oder wenigstens technisch und volkswirtschaftlich gebildetes Hilfspersonal.

6. In Sachen des internationalen Arbeiters

Der Bund ergreift die Initiative zum Abschluß von internationalem Seearbeitsverträgen.“

An die drei Referate schloß sich eine lebhafte stundenlange Diskussion, in der weitere Beiträge zur Kenntnis der Mißstände in der Heimarbeit gebracht und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe wie der Staats- und Gemeindehilfe betont wurden. Auch eine ganze Anzahl Frauen traten als Rednerinnen auf. Genosse Pfarrer Pflüger (Zürich) gehörte in einerflammenden Rede dem arbeiterfeindlichen plutokratischen Geist in der schweizerischen amtlichen Politik und die sozialpolitische Ode und Unstrukturbarkeit, wogegen die Arbeiter sich erheben müssen. Genosse Grünm (Bern) bezeichnete als die Konsequenz des ganzen Kongresses die Stärkung der Sozialdemokratie, die allein rückhaltlos und entschieden für den Heimarbeiterschutz eintritt und die daher eine viel einflussreichere Vertretung in den Parlamenten erhalten muß, als sie heute hat, wenn es einen Schritt vorwärts gehen soll.

Die Resolutionen und mehrere dazu gestellte Zusatzaufträge wurden dem Bureau überwiesen, das sie in eine einheitliche Resolution zusammenfassen und diese dann veröffentlichen soll.

Mit dem Bunde nach positiven Erfolgen, die der Kongreß haben möge, schloß der Präsident, unser Genosse Obertrichter Lang (Zürich), Sonntag mittags den Kongreß. Um Nachmittag fand sodann eine Dampferfahrt auf dem Zürichsee nach Männedorf statt, womit der Kongreß für seine Teilnehmer sehr angenehm abgeschlossen wurde. Möge er nur auch in Bälde den Heimarbeitern, in deren Interesse der Kongreß stattfand, die erwünschten Annehmlichkeiten durch Besetzung des Elends der Heimarbeit bringen. — r.

Christliche Arbeiterzersplitterer.

W. H. Die „christlichen“ Zentrum-Gewerkschaftsmatadore haben seit jeher mit viel Geschrei und Zauberlei und nicht so großem Erfolg ihre Existenzberechtigung und die Notwendigkeit besonderer „christlicher“ Gewerkschaften damit zu begründen versucht, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften angeblich religiösefeindlich und „parteipolitisch gebunden“ wären und die „christlichen“ Arbeiter deshalb selbständige Gewerkschaftsorganisationen errichten müßten. Nur darum sei die Versplitterung der Arbeiter notwendig gewesen, so versichern uns die „christlichen“ Führer mit ach! so blutenden Zentrumsgewerkschaftsherzen ein übers andere Mal und — glauben natürlich selbst nicht daran. Gegenüber ihren erbitterten Feinden, den katholischen Fachabteilern, müssen die Gewerkschaftsrichtisten dabey späzigerweise beständig umsetzen und alle die Gründe, die sie, um ihre Arbeiterversplitterung gegenüber der freien Gewerkschaftsbewegung zu rechtfertigen, vorbringen, selbst widerlegen. Während die „christlichen“ Gewerkschaften gegenüber den sozialistischen Organisationen mit Empphase erläutern, daß das Christentum auch im wirtschaftlichen Kampfe mit den Unternehmern immer die Grundlage der Arbeitervürsorge bleiben müsse, betonen dieselben Leute mit demselben geräuschvollen Mundwerk gegenüber den Fachabteilern, daß die wirtschaftlichen Fragen für sich zu behantern seien, daß die Gewerkschaftsbewegung durchaus selbständig bleiben müsse, daß die Bischöfe „bis hierher und nicht weiter“ gehen dürften und daß die Kirche nichts drenzutreden habe. So wohnen zwei Seelen in der Zentrumsgewerkschaftsrichtisten Brust und führen die madigen Färbchen in unrettbare Wittenis.

Bei dem Studerklampf zwischen „christlichen“ Gewerkschaftern und katholischen Facharbeitern wäre es bei der autoritätsgläubigen Erziehung der katholischen Arbeiter den hohen Zentrumsdraftziehern ein leichtes, den Kampf in kurzer Zeit zu beenden, wenn eben die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen bei der Zentrumspartei eine irgendwie in Betracht kommende Rolle spielen. Und wenn es in letzter Zeit hieß, daß der Kampf zwischen Facharbeitern und „christlichen“ Gewerkschaftern geschlichtet werden soll, so ist — falls die Angabe richtig ist — jünger der Umstand maßgebend gewesen, daß die Bekämpfung der wirklichen, der sozialdemokratischen Arbeitersbewegung bei dem christlichen Studerklampf zu kurz zu kommen drohte.

Dementgegen haben wir noch in letzter Zeit einen erbitterten Kampf innerhalb der Zentrumswarbeiterorganisationen. Peter Molden, den Vorsitzenden des Erlerer Eisenbahnerverbandes, suchten die Zentrumsmacher mit vielen Mitteln — meist auf skummel Wege — für die „christlichen“ Gewerkschaften einzufangen. Das Zentrum-

der den Peter Molz war aber mehr für die katholischen Gewerkschaften eingesetzt, als ja in Tatsache noch eine Rolle spielen. Molz wurde ein Stuhlbau, ein Betriebsauftragssammler anzubieten, wenn er für den Anschluß des Elsendarbeiterverbandes an die „christlichen“ Gewerkschaften eintreten würde. Peter Molz mochte und wollte wohl gern „Vollüberträger“ werden, er konnte sich aber trotz einfacherer Vereinfachtheit nicht entschließen, mit liegenden Händen in das „christliche“ Gewerkschaftslager hinzugezuladen. So blieb Molz auch sein Mandat und es wurde ihm ein erüitterter Kampf angebrochen. Es wurde ein neuer Elsendarbeiterverband gegründet, der sich sofort den „christlichen“ Gewerkschaften anschloß und Peter Molz und den alten Verband aus Körperschaften bekämpfte. Über erbauliche Einzelheiten dieses „christlichen“ Kampfes hat die Metallarbeiter-Zeitung schon früher berichtet. Erkranktes Motiv bei der Zersplitterungsarbeit des Zentrums war hier, bei den „christlichen“ Gewerkschaften durch Einverleibung des älteren Verbandes einen rechtlichen Zwischenraum herauszubefestigen und mit diesem zu den „immer stärker werdenden Wucht“ der „christlichen“ Gewerkschaften als Schutzhülle gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung demonstrieren und die freien Gewerkschaften bekämpfen zu können.

Auß die angebliche Religionsfeindschaft und die „parteilich-politische Gebundenheit“ der sozialdemokratischen Gewerkschaften können jedenfalls nicht der Grund sein für die christlichen Bruderkämpfe untereinander. Weder ist immer nur, die Arbeiter nicht zu dem so nötigen Klassenbewußtsein kommen zu lassen. Wer die „christlichen“ Gewerkschaftsbücher verfolgt, der sieht fortlaufend auf einer geradezu hindurch, angstliche Furcht vor dem Wort: Arbeiterklasse. So wird immer prononziert abschließend von „Standesinteressen der Arbeiter gesprochen, als ob die Arbeiterklasse als solche in Parallelen zu stellen wäre mit den verschiedenen Schichten, Berufen, Ständen innerhalb der bürgerlichen Klassen“. Die Verwischung des Klassengeföhls bei den christlichen Arbeitern ist sehr durchsichtig und vom Zentrum durchaus beachtet.

Doch die angebliche Religionsfeindschaft der freien Gewerkschaften nur als Bauwau benutzt wird, um die Kraft der Arbeiter als einheitliche Organisation und damit die Gefahr für das Kapital zu schwächen, geht auch daraus her vor, daß gegenüber der Konsumgenossenschaftsbewegung die Zentrumskristen sich gleichfalls Mühe geben, ihre zerplittende Arbeit weiter auszufüllen, obwohl bei der Konsumgenossenschaftsbewegung die vorgebrachten, angeblich zwis chenden Gründe noch weniger vorhanden sind, als es bei der Gewerkschaftsbewegung der Fall war und ist.

Ein bisschen unter der Hand zwar scheinen in neuerer Zeit die „Christen“ ihr destruktives Handwerk auch auf die Konsumgenossenschaften übertragen zu wollen. Vor einiger Zeit erschien von Peter Schlaak, Geschäftsführer des „christlichen“ Konsumvereins in Mülheim a. Rhine, eine Broschüre: „Konsumgenossenschaft und christlich-nationale Arbeiterbewegung“, die die Errichtung „christlicher“ Konsumgenossenschaften propagiert. Die an den Haaren herbeigezogenen Gründe sind hier dieselben, wie sie die Gewerkschaftsschriften zur Begründung ihrer Ablehnung einer allgemeinen Gewerkschaftsbewegung vorbringen. Man hört den „gründlichen“ Zentrumsschriftsteller Peter Schlaak:

„Bei der bekannten Unbildungseigentümlichkeit Christlicher Anhänger der sozialdemokratischen Partei dürfte es nicht zu weit gehen, zu behaupten, daß in den unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumgenossenschaften, selbst wenn denselben eine Minderheit christlicher Arbeiter angehören, christliche Arbeiterführer als Verwaltungsmitglieder unmöglich wären. Der Gegensatz im politischen und gewerkschaftlichen Leben würde auch seine Schatten in die Genossenschaft werfen und zur Entfernung oder Nichtwahl anders denkender Verwaltungsmitglieder führen.“

Des weiteren „beweist“ Peter Schlaak die angebliche „Unbildungseigentümlichkeit“ der Konsumgenossenschaftsvorstände mit einem angeblichen Vorloumniß bei einer — Ortskonventstrophe in Köln! Bei solcher „Gründlichkeit“ hört eben jede vernünftige Diskussion auf und es bleibt nur übrig, einfach anzunehmen, daß das, was bewiesen werden sollte und nicht bewiesen werden kann, einfach Voraussetzung und nicht logische Schlussfolgerung ist. So ist's ja auch.

Doch aber die „Christen“ auch wieder „anders“ können, zeigt sich bei der Frage des Abschlusses von Tarifverträgen zwischen dem Zentralverband deutscher Konsumvereine und den Gewerkschaften. Da neigen die „christlichen“ Gewerkschaften dazu, ihre christliche Exklusivität an den Nagel zu hängen und zu erklären, allen Arbeitergenossen ihre Gewerkschaftstore öffnen zu wollen, um, die Not zur Tugend machend, tariffähig werden zu können. Falls bei diesem Vorhaben nicht das übliche „tägliche Falschheit“ mitspielt — und es spielt mit —, gäben die „christlichen“ Gewerkschaften ja auch ihren scheinbaren Grund der Abplattierung von der allgemeinen, einheitlichen Arbeiterbewegung damit preis: das angeblich gefährdet Selenheil ihrer Anhänger!

Doch es den Zentrumsschriftstellern nicht so recht gelingt, die Konsumgenossenschaftsbewegung zu zerplätzen, ist gewiß nicht der mangelnden Absicht zu danken, sondern dem Umstand, daß die Händlergruppen einen guten Teil der Zentrumskräfte abgehen. Deshalb ist die Sache für das Zentrum brenzlisch. „Christliche“ Konsumgenossenschaften werden von den schwarzen „Mittelstand“-angehörigen genau so ungern gesehen wie „sozialdemokratische“ und noch weniger gern, als „christliche“ Gewerkschaften. Auf einem im vergangenen Jahre von der Volksvereinszentrale in M.-Gladbach veranstalteten sozialen Kursus für selbständige Kaufleute sagte der Zentrumskraftverordnete Karl Hedhausen aus Barmen, daß die Konsumvereine nur deshalb 8 bis 10 Prozent Rückgewähr an ihre Mitglieder auszahlen könnten, weil sie — sobald Schnaps verkauften. Als darauf der Redner unterbrochen wurde, sagte er weiter:

„Ja, meine Herren, Brot und Schnaps, das sind doch die Hauptnahrmittel der Arbeiterbevölkerung, und an diesen Artikeln verdienten die Konsumvereine ja viel, daß sie auch in der Lage sind, auf die anderen Waren eine so hohe Dividende geben zu können.“

Werden aber die „christlichen“ Arbeiter ungebärdig, wollen sie dem allgemeinen Konsumverein beitreten, so bekennt die Zentrumsschule zwar in den sauren Apfel und gründen Zentrumskonsumvereine, sehen sich aber dabei gleich vor, daß es nur eine Spielerei bleibt und die Konsumvereine dem „Mittelstand“ rechte Kräfte nicht gefährlich werden können. Typisch hierfür sind die Vorgänge in M.-Gladbach, von wo ja alle ultramontane „Erleuchtung“ ausgeht. Als dort die „christlichen“ Arbeiter sich an den Genossenschaftsbewegung beteiligen wollten und das Zentrum diese Absicht nicht verhindern konnte, wurde wenigstens durch eine gehörige Zersplitterung dafür gesorgt, daß den Händlern kein Schaden zugefügt wurde. Nach den Statuten durften nur „christlich“ organisierte Arbeiter aufgenommen werden; außerdem gründete man für jeden Stadtteil einen besonderen abgeschlossenen Verein, so daß jetzt in M.-Gladbach und der allergrößten Umgebung neue selbständige Genossenschaften bestehen! Deutlich liegen die Verhältnisse in Aachen und in anderen Zentrumsdörfern.

Diese Spielsrei und Kräftevergleichung scheint jetzt doch den „christlichen“ Gewerkschaften zu viel zu werden und die gezwungene Freigabe der „christlichen“ Gewerkschaften ruht den Fachabteilungen durch das Zentrum scheint eine neue, veränderte Auslage gegenüber den Konsumvereinen zu erleben. So lesen wir in dem Bericht des

Zentralrates des Elsendarbeiterverbandes „christlicher“ Gewerkschaften für das Jahr 1909 über „das Verhältnis zwischen dem christlichen Gewerkschaften und Konsumvereinen“ folgendes:

In den Legislaturjahren 1906 und 1907 wurden bekanntlich ebenfalls sogenannte christliche Gewerkschaftenverbände gebildet. Sie gelangten in das wegen ihres abgeschlossenen Personentreffes, wie leicht gut Blüte. Inzwischen bildeten sich in Westfalen, in denen die Konsumvereinsbewegung sich eng mit der Sozialdemokratie verwachsen zeigte, allgemeine Konsumvereine christlicher Richtung. Sie umfassen an derer Wirklichkeit auch mehr den gleichen Personentreff wie die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine. Die begeisterten Konsumvereine befinden sich an vielen Orten noch in den Anderschulen und stellen nicht selten in ihrer Leitung mit den christlichen Gewerkschaften eine Personalunion dar. Das hatte zur Folge, daß die Vorgänge in den Konsumvereinen man die christlichen Gewerkschaften und umgekehrt einander verantwortlich mache, wodurch in einzelnen Orten, besonders im Ruhrrevier, eine größere Schädigung der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu beobachten war. Es erschien daher die Ausarbeitung einiger Richtlinien angebracht, die in Nr. 1, 1909 des Centralblattes zur Verbesserung gelangten.“

So wissen alle Beispiele darauf hin, daß das Zentrum mit aller Kraft die Arbeiter davon abhält, ihre Klasseninteressen wissentlich zu vertreten und nur widerwillig sobald zugibt, wie es von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung dazu veranlaßt und gezwungen wird. Für die Konsumgenossenschaften geht das aufs neue aus den — von uns gesperrten — Sälen in dem „christlichen“ Ausschusse recht deutlich hervor. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ist immer erst Prämisse, Voraussetzung und Bedingung für die Organisation der katholischen Arbeiter, und je nachdem diese Vorbedingung mehr oder weniger „zwingend“ ist, erlaubt das Zentrum den katholischen Arbeitern die Organisation entweder gar nicht, oder sucht die Kraft zu zerplätzen in ohnmächtige Organisationskörner, katholisch-religiöse Vereine, und erst, wenn alles nicht hilft, wenn das sozialdemokratische Feuer unter den Nächeln des Zentrums brennt, werden die „christlichen“ Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften „erlaubt“.

Der denkende Arbeiter erkennt dabei gar bald, daß auch die katholischen Arbeitsgenossen nur deshalb überhaupt zu einer Organisation kommen, weil vorher die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war. Der Schluß ist zwingend: Im eigenen Interesse müssen auch die katholischen Arbeiter dauernd die sozialdemokratische Arbeiterbewegung unterstützen und zu fördern suchen.

Hinein in den Turm!

Die „christlichen“ Gewerkschaftsleute sind jetzt trotz „objektiver“ Beurteilung durch Herrn von Berlepsch sehr idyll dran. Sie haben es des öfteren überliefert, wenn wir von Zentrum & gewerkschaften sprachen und in letzter Zeit hat man ja auch ein wenig Wert darauf gelegt, die Zentrumssprüche zum Scheine etwas zu verleihen und einige evangelische Leuchten als ornamentales Geranie, das das Wegschild verdecken soll, anzubringen. Pfarrer Traub aus Dortmund fragte in seinem Körserat auf dem „Evangelisch-sozialen Kongreß“ zu dem Thema: „Geistige Strömungen in der Gewerkschaftsbewegung“ denn auch mit Recht, ob das Zusammensetzen zwischen Katholiken und Evangelischen von den katholischen Autoritäten ebenso gestaltet würde, wenn das Zahlensouveränitas zwischen Katholiken und Protestanten ein anderes wäre. Über dem „gemischten“ Verhältnis in den „christlichen“ Gewerkschaften haben ja starke Gruppen in der Zentrumspartei auch immer mit gemischten Gefühlen gegenübergestanden. Mit einem nassen, einem trockenen Auge. Bekannt genug ist ja der scharfe Gegensatz zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen, der auch in der Stellung der katholischen Autoritäten seinen Ausdruck findet.

Die „christlichen“ Gewerkschaften haben sich die Jahre hindurch redlich bemüht, sich gute Noten der Zentrumspartei zu sichern. Sie suchten aufzutragen, einen künstlichen Gegensatz zu schaffen zwischen sozialdemokratischen und anderen Arbeitern. Auf dem zweiten anti-sozialdemokratischen „Arbeiterkongreß“ wurde es verhindert, daß die Frage des preußischen Landtagswahlrechts erörtert wurde. Bei den Sozialtarifbesetzten wurden die Fragen der Handelsvertragspolitik als „politisch“ erklärt, womit sich die Gewerkschaften nicht zu befassen hätten. Und so weiter. In der Gegenwart ist auch wieder alles „politisch“, was das Zentrum beim Finanzraubzug auf die Taschen der Arbeiter, auch der christlichen Gewerkschafter, gelan hat, deshalb führt nicht dran. Wird aber das Zentrum ob seiner infamen politischen Tatzen so, wie sich's gehört, von den Sozialdemokraten doch angesetzt, siehe da, da sind auch die „nichtpolitischen“ christlichen Gewerkschaften und ihre Zentrumsgroßen rasch bei der Hand. Sie sagen, wie der Minister beim Königsberger Zaren-Gehembundpreß: Tua res agitur! Um deine Sache handelt es sich. Und suchen das Zentrum aufße Art herauszuhauen. Es nützt aber alles Abstreiten nichts. Die christlichen Gewerkschaften sehen sich auf Schaden und Nutzen mit der Zentrumspartei verbunden. Sie haben schon soviel für sie getan, daß ihnen zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.

Über trok allem: Der Mensch kann nicht die Entwicklungsfaktoren ignorieren. Auch die Anhänger der Zentrumsgewerkschaften wollten „positive Arbeit“ sehen und so werden die christlichen Führer gegen ihren Willen zu kämpfen mit dem Kapital gedrangt. Diese Kämpfe aber formen das Bewußtsein der christlichen Gewerkschaftsmitglieder, wenn auch nur allmählich, um. Das macht hundrige Zentrum hat eine feine Nase für solche Imponderabilien. Dafür röhrt auch der starke Widerstand eines starken Teiles des Zentrums gegen die christlichen Gewerkschaften.

Bekannt ist die vor Jahren ausgegebene Parole ethischer Zentrumsgroßen, die unter dem Stichwort: Heraus aus dem Zentrum! eine „größere“ Zentrumspartei schaffen wollten, die ähnlich wie die christlichen Gewerkschaften, alle christlichen Arbeiter, alle Christen umfassen sollte. Von einer Begrenzung auf nur „christliche“ Kreise war damals sogar gar nicht einmal die Rede.

Im Gegensatz hierzu macht sich seit einiger Zeit eine Bewegung bemerkbar, die mit Hinblick auf die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften das Motto trägt: Mehr hinein in den Zentrumsturm! Im Zentrumsturm nur Christen!

Der Allgemeinheit der Zentrumspartei ist diese Angelegenheit zurzeit, wo die Schwarzen „mit so ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen haben“, außerordentlich fatal. In Köln fand am Osterdienstag eine geheime Konferenz von erlauchten Zentrumsgroßen statt, die ihrem Unmut gegen die interkonfessionellen „christlichen“ Gewerkschaften Ausdruck gaben. Besonders genannt bei der Sache werden Dr. Bitter und Roeren. Das Blatt des christlichen Bergarbeiterverbandes. Der Bergknoppe, veröffentlichte ein Protokoll über jene Zusammenkunft. Im Bergknoppe heißt es:

Am Osterdienstag war zu Köln eine gehörige Sitzung von 10 Herren, die sich berufen fühlten, die Zentrumspartei, den Volksverein für das katholische Deutschland und die christlichen Gewerkschaften, die ihrer Ansicht nach vom richtigen Wege abgewichen sind,

wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Sie fordern der übertriebenen Interessenskonkurrenz entgegen. Darunter waren die Herren: Reichstagsabgeordneter Dr. Bitter aus Aachen, Reichstagsabgeordneter P. H. G. J. aus Bergneustadt, Gründungsmitglied der Säulen von Maria Rosalia; R. Sommerfeld aus Baden, Christkönig aus Görlitz; Domkapitular Dr. Glädel aus Würzburg (Westf.); Universitätsprofessor Dr. Graul aus Mainz aus Köln, Herausgeber der Generalstaatskunstschule der katholischen Presse und der Apologetischen Rundschau; Dr. Neukemeyer aus St. Goar, Domkapitular, Theologiestudent des St. Johann-Baardtler-Wallfahrt; Religions- und Oberlehrer Professor Müller aus Köln; Ordensrat St. Bonifacius (I) aus Köln, Oberlandesgerichtsrat a. D., Reichs- und Landtagsabgeordneter; Fabrikant und Rittergutsbesitzer Unterberg aus Rheinberg (Rheinland), Landtagsabgeordneter.

Nach weiteren Ausführungen heißt es dann: „Einige der Beteiligten haben inswischen die Nichtigkeit des Protokolls bestritten. Demgegenüber stehen vor uns veranlaßt, zu erklären: Die uns vorliegende Abfassung des Protokolls stimmt genau mit dem von einem Beteiligten aufgenommenen und in Druck gegebenen überein. Wenn die Herrschaften das nachgewiesen haben wollen, sind wir bereit, Ihnen den Anlaß zu einer getreuen Feststellung zu geben. Ich zur Sache.“

Nach dem Protokoll wurde einleitend das Material vorgelegt, die tatsächlichen Grundreihungen wurden besprochen und die Ausführungen des geplanten Vorgehens erörtert. Im Anschluß an dem breit in den Historisch-politischen Blättern veröffentlichten Leitsätze (die sich mit dem Charakter der Zentrumspartei, der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins beschäftigen) wurde einleitend über die christlichen Gewerkschaften folgendes besprochen:

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat, ohne erhöhte Beteiligung protestantischer Kreise zu finden, bedenkliche Folgerungen ihres interkonfessionellen Grundprinzips gezeigt: Nach der Stellungnahme und den Neuerungen der Führer zu schließen, scheint fast die Vermutung berechtigt, als ob man sich von selten M.-Gladbachs den Arbeiterverbänden und der Sozialdemokratie gegenüber gebunden habe, keiner politischen Partei und ebenso wenig der Kirche einen Einfluß auf die christliche Gewerkschaftsbewegung einzuräumen.

Nach dem Protokoll wurde einleitend das Material vorgelegt, die tatsächlichen Grundreihungen wurden besprochen und die Ausführungen des geplanten Vorgehens erörtert. Im Anschluß an dem breit in den Historisch-politischen Blättern veröffentlichten Leitsätze (die sich mit dem Charakter der Zentrumspartei, der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins beschäftigen) wurde einleitend über die christlichen Gewerkschaften folgendes besprochen:

Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat, ohne erhöhte Beteiligung protestantischer Kreise zu finden, bedenkliche Folgerungen ihres interkonfessionellen Grundprinzips gezeigt: Nach der Stellungnahme und den Neuerungen der Führer zu schließen, scheint fast die Vermutung berechtigt, als ob man sich von selten M.-Gladbachs den Arbeiterverbänden und der Sozialdemokratie gegenüber gebunden habe, keiner politischen Partei und ebenso wenig der Kirche einen Einfluß auf die christliche Gewerkschaftsbewegung einzuräumen.

Nach dem Protokoll wurde einleitend das Material vorgelegt, die tatsächlichen Grundreihungen wurden besprochen und die Ausführungen des geplanten Vorgehens erörtert. Im Anschluß an dem breit in den Historisch-politischen Blättern veröffentlichten Leitsatz (die sich mit dem Charakter der Zentrumspartei, der christlichen Gewerkschaften und des Volksvereins beschäftigen) wurde einleitend über die christlichen Gewerkschaften folgendes besprochen:

Bezüglich des zweiten Leitsatzes belont Redner das Törichte und Unhaltbare, ja Herderliche der Trennung von wirtschaftlichen und Weltanschauungsfragen in verschiedenen Organisationen. Diese Trennung ist unmöglich, den Arbeitern sind Ideale notwendig, und diese Ideale, das heißt eine sichere Lebensauflösung, darf ihnen nicht geraubt werden. Die gewaltsame, prinzipielle Ausschließung aller die tiefere Lebensauflösung berührenden Gedanken von der Arbeiterbewegung und ihren gewerkschaftlichen Organisationen ist ein bedenklicher Schaden. Die Früchte zeigen sich bereits jetzt an den Arbeiterverbänden, die zu annähernd und selbstsüchtigen Vertretern einer einseitigen Interessenpolitik heranwachsend, eine Gefahr zu werden drohen für den Zusammenhalt der Partei.

Dr. Bitter sandt, wie das Protokoll bemerkt, am Schluß seiner Ausführungen „Ich hoffe warme Zustimmung von allen Seiten“. In der Diskussion äußerte sich auch der Magistratsabgeordnete Landtagsabgeordneter Unterberg. Hierüber sagt das Protokoll unter anderem:

„Unterberg betrachtet die christlichen Gewerkschaften als eine Gefahr für das Zentrum und die katholische Kirche. Die protestantische Minderheit in ihnen wird die katholische Mehrheit protestantischer ... Unkluges Vorgehen in jüngster Ausweitung der Arbeiterschaft kann diese zur Sozialdemokratie führen ... Sehr bedenklich ist die Haltung der Politiker und Gewerkschaftsführer gegen die Kirche ...“

Dr. Ruckeleye ber sprach die Abhängigkeit der Presse und stellte die Zeitungen zusammen, die für ihre Richtung eintreten würden. Redner verbreitete sich dann über die Gewerkschaftsfrage, insbesondere über die Verhältnisse im Saarredet ... In einer weiteren Ausföllung in der Diskussion meint Dr. Ruckeleye: „Gegen die Gewerkschaften können wir praktisch nichts machen.“ Ruckeleye empfahl daran zu den zweiten Leitsatz (die Frage nach dem interkonfessionellen oder interreligiösen Charakter der Gewerkschaften. D. R.) fallen zu lassen. Ruckeleye ist der selben Ansicht. Ruckeleye möchte den zweiten Leitsatz nicht ganz auslassen haben. Es wäre das sonst ein Rücktritt nach dem Vorgehen Befehls und der historisch-politischen Blätter. Man sollte im Sinne Befehls den positiv christlichen Charakter der Gewerkschaften fordern.

Roeren: Der Begriff „positiv christlich“ genügt nicht.

Fried: Man fordere die Anerkennung der Autarkie der Kirche.

Hüls: Man muß immer wieder die Prinzipien betonen.

Zum Schluß wird zwar der zweite Leitsatz, der sich mit dem Charakter der christlichen Gewerkschaften beschäftigt, fallen gelassen. Die mitgeteilten Ausführungen aber zeigen, wie man über uns deutlich und warum man für den Zugriff die Frage nach dem interkonfessionellen oder interreligiösen Charakter der christlichen Gewerkschaften ausgeschaltet hat. Man hat eben für jetzt mit den anderen genug. Indirekt will man uns auch jetzt schon treffen. Bei günstiger Gelegenheit wird dann der direkte Kampf gegen uns auch wieder aufgenommen. Bemerkt sei noch, daß Herr Landtagsabgeordneter Unterberg 500 M. zur Deckung der Kosten zur Verfügung stellte.“

So weit der Bergknoppe. Daß er sich über die Unlösbarkeit der bestehenden Zentrumsgroßen gegen die christlichen Gewerkschaften ärgert, dazu hat er Grund. Der Zentrumsgabordnete Dr. Bitter tritt aber auch schon aus dem geheimen Kreis heraus und an die Öffentlichkeit. Er hat in Neunkirchen eine Versammlung abgehalten, worin er nach Zeitungsberichten unter anderem sagte:

„Wir wollen, daß Religion und Politik nichts miteinander zu tun haben; darüber brauchen uns liberale Präfazierer nicht zu beklagen. Wir wollen aber auch, daß sie in einem gewissen Verhältnis zueinander stehen und nicht voneinander losgelöst werden können, und daß das Zentrum, wenn es von der katholischen Grundlage verabschiedet, unfehlbar verloren ist. Es scheint, als

Der Zentrumsbundesrat Roeran wurde in einer Denkschrift, die in der Zentrumspresse erschien, wiedergegeben. „Für den Katholiken ist christliche Weltanschauung doch bis auf katholische Glaubens- und Gottesdienst beruhende Weltanschauung, und wenn er von christlicher Weltanschauung spricht, so meint er eben katholische Weltanschauung.“

Der der Zentrum und der Antinomischen Partei zugehörige wird Roeran und seinem Anhang des Kops gewünscht, aber auch diese Art der Zusammenarbeit ist ganz interessant und auch lohnend für die Arbeiter. Die Kölnische Volkszeitung schreibt:

„Was Herr Roeran da sagt, versteht sich aber ganz von selbst. Ein Katholik wird in Weltanschauungsfragen ebenso die Grundzüge der katholischen Weltanschauung geltend machen und zur Weltung bringen, wie der Evangelische die Grundzüge der evangelischen Weltanschauung. Über das Selbstverständliche spricht man nicht aus, besonders nicht in seierlichen Zeitschriften, die man dem Episcopat unterordnet. Hier gilt: Supponit non est. (Ueberflüssiges habet.) Bei Fragen, in welchen die Weltanschauung in Betracht kommt, wird der Katholik auch im Parlament von den Grundzügen der katholischen Weltanschauung sich leiten lassen. Über der Kreis dieser Fragen ist begrenzt, besonders im Deutschen Reichstag. Was hat beispielweise die Frage der Reichsfinanzreform, welche den Reichstag in der ganzen vorigen Sessie mehr als alle anderen Fragen zusammengekommen beschäftigt, mit den Grundzügen der speziell katholischen Weltanschauung zu tun? Wegen uns die Defiziten um den Abgeordneten Roeran und hinter dem Abgeordneten Roeran doch einmal sagen, wieviel Millionen indirekten Steuern nach den Grundzügen der katholischen Weltanschauung bewilligt werden durften, beziehungsweise müssten, ob nach den Grundzügen der katholischen Weltanschauung die Bandone oder der Wertzuflusszoll bei der Tarifbestimmung vorzusehen ist, ob nach den Grundzügen der katholischen Weltanschauung die Salontaxe besser ist als die Poststeuerabgabe? Versucht man weiter etwas die Zuckertaxe, Süßigkeitensteuer, den Schleinausfuhrzoll, Eisenbahntaxe unter den Gesichtspunkt der speziell katholischen Weltanschauung zu dringen? U. s. w. u. s. w. Erstens der Abgeordnete Roeran den in bestimmten, vorletzten Einzelfragen, wie er deren einige anschrift, ganz selbstverständlichen Satz in seiner Allgemeinheit gewissermaßen als Programmabsatz stabilisiert will, gibt er ihm eine ganz andere Bedeutung, besonders in den Augen der Gegegen der Zentrum, welche man bei solchen Aktionen doch auch nicht außer acht lassen darf. Der Satz, in seiner Allgemeinheit hingestellt, ist geeignet, denjenigen Vorschub zu leisten, welche immer und immer wieder, um das Zentrum zu belästigen und „auszuholzen“, die Vorstellung zu erwecken und zu unterstellen suchen, das Zentrum sei ein rein konfessionelles Gebilde, welches die Konfession, in alle und jede Frage hineinzieht, auch da, wo sie ganz und gar nichts zu tun habe, welches seine gesamte Tätigkeit im Deutschen Parlament von rein konfessionellen Gesichtspunkten abhängig macht und daher in einer auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung beruhende Volksvertretung nicht hineingehört. Wenn der Leitsatz der Herren um Roeran in dieser Allgemeinheit jemals vom Zentrum vertreten und proklamiert würde, wortlos allerdings nicht zu denken ist, da sich das Zentrum dadurch selbst den Boden entzöge, so wäre den islamistischen Gegnern des Zentrums eine gerade vernichtende Waffe, ein Segenmittel von unfehlbarer Wirkung in die Hand gegeben. Dass der Abgeordnete Roeran das nicht erkannt beziehungsweise darauf nicht Rücksicht genommen hat, darin liegt der Vorwurf, den man ihm, dem alten Parlamentarier, machen muß.“

Schon, schon! Aljo Ueberflüssiges schadet. Dass die ganze Zentrumspartei, auch die in den „christlichen“ Gewerkschaften, dem Katholizismus zugute kommen soll, ist ganz richtig, aber — man sagt es nicht. Man freut es, wenn's not tut, sogar ob, nicht wahr. Ihr „christlichen“ Zentrumsgewerkschaftsführer? Hatte sich ja auch Windhorst einmal „mit Gottes Hilfe durchgelogen“! Die katholische Volkszeitung möge uns auch einmal sagen, warum denn aber alle die von ihr erwähnten und anderen Fragen für die christlichen Gewerkschaften Gründ sein sollen, nicht der allgemeinen Gewerkschaft hinzutreten, sondern sich „christlich“ abzuwandeln? Wird hier eine Hilfe, was sonst eine Rettung? In Einzelfragen soll Roeran recht haben, aber nicht in der Allgemeinheit. Und nur daran nicht, weil es dem Zentrum schaden kann! So wird die Zentrumspartei von dem Zentruminteresse bedingt, sobald auch über die „christliche Moral“ der Sozialdemokraten noch vor der Zentrumspartei gekämpft werden mag.

Die ganze Angelegenheit ist jedenfalls vom diplomatischer Bedeutung. Das Zentrum gründete christliche Gewerkschaften und bildete sie, nur um Macht zu bekommen, oder doch, um seine Macht zu erhalten. Es gibt ihnen den Erfolg, wenn und sobald es gelingt, dass sie die Zentrumsmacht beeinträchtigen können. Die christlichen Gewerkschaften sind also dann!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fertäume zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, dass mit Sonntag dem 29. August der 36. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. August bis 4. September 1909 fällig ist.

Die Gebühren vom Spitzenbeitrag nach nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatutes gefindet:

Der Verwaltungsstelle Artikel 5 § pro Woche und Mitglied vom 1. September an;

der Verwaltungsstelle Großherren 10 § pro Monat.

Die Abgabezahlung dieses Spitzenbeitrags hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zu die reisenden Kollegen richten wir das dringende Erfordernis, dass Aufgaben der Bevollmächtigten und Reisegelehrten zahlreicher in den Betrieben und Werkstätten zu untersetzen und sich nur an die im Adressenverzeichnis angegebenen Orte zu wenden. In Dries, in denen keine Bevollmächtigung eingesetzt wird, hat das Ansehen des Verbandsbeamten überhaupt keinen Zweck. Wenn es einem Orte zufällig gegeben wird, ist das auf der im Adressenverzeichnis angegebenen Adresse zu erachten.

Die Angaben der Bevollmächtigten, dass sie durch den Zulauf der Reisenden noch kein Interesse an geschädigt werden, reichen sich damit, dass wir die reisenden Mitglieder dringend bitten möchten, ohne Rücksicht in Zukunft direkt zu folgen.

Der Befehl der Wirtschaftsbehörden zur Bekanntmachung, dass der Befehl verzögert ist. Ein Befehl befindet sich in Arbeit, wird über einen Monat September zur Ausgabe gelassen können.

Die gebührenfreien werden nach § 22 des Statutes:

Der Befehl der Verwaltungsstelle in Bremen:

Der Schlesier Gustav Müller, geb. am 9. Dezember 1855 zu Berlin,

Lit. A. Buch-Nr. 6126, wegen Schädigung des Verbandes.

Der Befehl der Verwaltungsstelle in Bremen:

Der Schlesier Carl Voigt, geb. am 4. Juni 1888 zu Münster,

Lit. A. Buch-Nr. 61294, wegen Beirat.

Der Befehl der Beiratssitzung im vierten Bezirk:

Der Schlesier Adolf Burghardt, geb. am 4. April 1871 zu

Erlangen, Lit. A. Buch-Nr. 288313, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Nicht weiter aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumarkt:

Der Schlosser Fritz Salzmann, geb. am 16. August 1878 zu Sonnen, Buch-Nr. 66816, wegen Schädigung des Verbandes.

Mussforderung zur Rechtsverfügung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgesondert, nach wenigen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Gegen einen dreimal hintereinander erneutenden Mussforderung keine Rolle gegeben wird, es folgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumarkt:

Der Formier Karl Klinkowst, geb. am 25. Dezember 1880 zu Kiel, Buch-Nr. 775869;

der Formier Christ Vogel, geb. am 16. März 1888 zu Alten-

berg, Lit. A. Buch-Nr. 246181;

der Formier Heinr. Wago, geb. am 16. April 1885 zu Rhein-

bachen, Buch-Nr. 987798; sämtliche wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag des Schwalzer Metallarbeiter-Verbandes:

Der Dreher Martin Müller, geb. am 6. November 1888 zu

Wolheim, Lit. A. Buch-Nr. 282887, wegen Schädigung von

Verbandsinteressen.

Auf Beschluss des Vorstandes:

Der Hilfsarbeiter Josef Buchwitz, geb. am 1. Dezember 1885 zu

Kimberg, Lit. A. Buch-Nr. 488287, wegen betrügerischen

Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk-

roda, Lit. A. Buch-Nr. 189184, wegen unkollegalem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Beulenkroda:

Der Formier Max Meyer, geb. am 5. März 1891 zu Beulenk

Männer. Herr Gollwitzer und noch einige andere Unternehmer in Böhlau und Werben glauben jetzt, daß sich die Arbeiterschaft in großer Weilega befindet, ihr endet bloßen zu können. Die Herzen scheinen nicht zu bebücken, daß auch wieder andere Seiten kommen werden. Wie jetzt waren die Arbeiter den Unternehmern gegenüber, besonders in Böhlau und Werben, immer noch zu rücksichtsvoll; daß das bei guter Konjunktur in Zukunft anders wird, dafür sorgen die Herzen jetzt selbst. Wenn sie sich dann über das „schroffe Vorgehen“ der Arbeiter beklagen sollten, werden wir Ihnen mit Ihre Leute von heute vorhalten.

Grüttewarbeiter.

Differdingen. In der Drahtstraße der Differdinger Hütte sind wieder einmal Differenzen ausgetragen, deren Anlaß allein auf den Herrn Obermeistersteuergrave — oder „Betriebsobermeister“, wie er sich so gern nennt — zurückzuführen sind. Nachdem es in der letzten Zeit möglich war, durch Verhandlung mit der Direktion ein einigermaßen friedliches Verhältnis zustande zu bringen, scheint gerade dieser Herr sich bewusst zu fühlen, den Frieden zu stören. Arbeiter, die er als seine besten bezahlten, sollen auf einmal nicht mehr in der Lage sein, ihre Posten beisehen zu können und werden gefeuigt. Er nimmt sich sogar das Recht heraus, die Arbeiter auf der Straße zu kündigen, gerade wie wenn ein Gendarm einen Handwerksburschen auf der Straße siebt. Als vor einigen Monaten sein Obermeisterstuhl ziemlich wadig war, da kam er zu seinen Arbeitern und meinte: „Ja, Leute, haltet nur fest zusammen, denn nur dadurch könnt ihr etwas erreichen.“ Jetzt allerdings fühlt er sich wieder oben, und da glaubt er nun, daß er einen noch dem andern herausbeissen kann. Ob die Direktion damit einverstanden sein wird, das werden ja die nächsten Tage zeigen. Durch eine solche Handlungswweise wird die Produktion auf keinen Fall gesteigert. Trotzdem er bei Nachtschicht sein Vesperbrot nicht mehr ist, trotzdem er treibt und treibt (er hat ja schon sogar ein Haß Bier versprochen, wenn recht viel produziert wird), bleibt er regelmäßig mit der Produktion hinter der anderen Schicht zurück. Eigentlich ist es, daß auf der anderen Schicht die Produktion immer besser ist als bei ihm, was schließlich darauf zurückzuführen ist, daß der andere Obermeister mehr Kenntnisse und Fähigkeiten hat und vielleicht seine Arbeiter anständiger behandelt. Die Kollegen haben nun beschlossen, bei der Direktion vorstellig zu werden. Die Direktion wird einsichtig genug sein, es nicht ohne weiteres zum Bruch kommen zu lassen, denn auch die Rombacher Hütte kann ein Bleidchen davon singen; kommt sie doch heute noch nicht im entferntesten an ihre frühere Tagesleistung in der Drahtstraße heran. Die Walzer und Drahtwalzer ersuchen wir aber vorläufig, Differdingen aufzutreiben, bis die Differenzen wieder beigelegt sind.

"Achtung!"

Göttingen. Die Firma Spindler & Soyer sucht in der Fachzeitung für Optik und Mechanik tüchtige Mechaniker bei hohem Lohn und dauernder Stellung. Jedoch sind bei der Firma die Verhältnisse so, daß nach einigen Wochen Arbeit die zugereisten Kollegen die Firma gern wieder verlassen. Näherer Bericht folgt.

Metallarbeiter.

Gustabsburg. Das Unternehmertum mit seinen gelben Tra-
banten und Göldlingen im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft", so lautete das Thema, über das am 18. August, gleich nach Arbeitsschluß, Kollege Adolf Cohen, Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, hier im Kaiseraal vor den Gustabsburger Arbeitern sprach. Schon seit langen Monaten war der Versammlungsbefehl der Gustabsburger Arbeiter ein recht schwacher zu nennen. Die Wirtschaft der Gelben und die einseitige ungerechte Handhabung der Fabrikgewalt hatte eine von Angst und Sorge getragene Bürdegezogenheit bei der Masse der Arbeiterschaft erzeugt. Doch am Abend des 18. August war der Dann gebrächen, hunderte neuer Gesichter waren in der Versammlung zu sehen, Saal und Galerie waren dicht besetzt. In groß angelegter Rebe, mit unwiderlegbarem Material belegt und ausgerüstet, trat Cohen den Beweis dafür an, daß die sogenannte gelbe Arbeiterbewegung, bestehend aus Werksvereinen aller Gattungen, einschließlich der Spor-, Hins- und "Vorschußvereine" na ch Gustabsburger Zuschnitt, auf Betreiben der Unternehmer, mit finanzieller Unterstützung und im Interesse der Unternehmer geschaffen worden sind zu dem Zweck, um die Arbeiter in ihrer Einigkeit zu stören und sie in ihren geschlossenen, für die Arbeiter fruchtbringenden Organisationen auseinander zu treiben. Stilmischer Weise folgte, als Cohen seinen Vortrag beendete. Dieser Weise war ein Protest, herbordellend unter dem Druck, wie er seit langer Zeit auf dem Werke Gustabsburg durch den Rückhalt der Gelben und mittels deren unfeinen Machinationen gelingt wird! Ganz richtig sagte Cohen: "Die Kinder werden sich noch des Vaters schämen, wenn sie erst einmal erkennen, welche traurige Rolle die Gelben spielen, zu denen der Vater sich hält." Doch sicher ist es, diese giftige Saat, wie sie unter Druck, Unrecht und Gewalt gesät und gezogen wird, sie wird sich in besserer Zeit, in den Tagen der Erkenntnis umformen und all der niedergehaltene Grimm wird sich aufräumen gegen die gelben Macher und unsau-
beren Rechtsart von heute!

veren Zeitungen von heute!

Hameln. Bei den Norddeutschen Automobill-
werken haben sich Zustände entwickelt, die in der Offenbarlichkeit
besprochen werden müssen, um die eventuell zureisenden Kollegen vor
Enttäuschung zu bewahren. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir an-
führen, daß im Laufe eines Jahres der Arbeiterbestand, der jetzt
70 Mann beträgt, 5 mal gewechselt hat. Vor allem sind es die
rigorosen Lohnabzüge (wegen denen die Firma auch ständiger Gast
beim Gewerbege richt ist), die die Kollegen zwingen, das Eldorado
so bald als möglich wieder zu verlassen. Bei der geringsten Klein-
igkeit gibt es Strafen und Lohnabzüge. In der Dreherei sind die
Verhältnisse "einzig". Hier ist es Herr Meister Küells, der das
Regiment führt. Ob er aber in der Lage wäre, bei den gesetzten
Allordpreisen es zu einem eintigermaßen auskömmlichen Lohn zu
bringen? Wir bezweifeln das. Den Beweis dafür ist er bis jetzt
auch schuldig geblieben. Die Folgen der fortgesetzten Allordpreiszü-
tzungen sind, daß bei der gesiegerten Wühlerei die Arbeit nicht so
genau ausfällt, wie es sein sollte. Daß es bei der Raderei auch
wohl einmal passiert, daß ein Stück Arbeit oder Werkzeug in die
Brüche geht, ist doch nur zu begreiflich. Aber niemand nimmt daran
Rücksicht, es wird eben abgezogen und damit basta. Dabei wird auch
nicht untersucht, wen die größte Schuld trifft, den Meister oder den
betroffenen Arbeiter. Es ist auch vorgekommen, daß Arbeit, die
vom Meister für gut befunden wurde, dem Arbeiter nachher abgezo-
gen worden ist. Dies alles sind Zustände, die zur Zufriedenheit der
Arbeiter wirklich nicht beitragen. Wenn davon nun noch Leute be-
troffen werden, die hierher gekommen und nicht einmal der deutschen
Sprache mächtig sind, um ihre Rechte vertreten zu können, und die
nun ohne etliches Pfennig Geld auf die Strecke gebracht werden, so
gereicht das der Firma gewiß auch nicht zur Ehre. Vor Wochen
haben nun Verhandlungen mit der Direktion stattgefunden; dabei ist
auch alles mögliche zugestanden worden. In einigen Punkten wurde
auch wirklich Abhilfe geschaffen, zum Beispiel betreffend Wasch-
einrichtung, Klosettrennung; auch eine Lohnzulage von 1 bis 5 %
ist bewilligt worden. Wenn von dieser auch nur größtenteils Allord-
arbeiter betroffen werden, so sah man doch wenigstens den guten
Willen. Aber in anderer Beziehung haben sich die Zustände ver-
schlechtert. Es ist dieses wohl ohne weiteres auf die Meister zurück-
zuführen. Aber diese Herren sollten doch wirklich nicht vergessen,
was sie früher gewesen sind und was sie unter Umständen auch
wieder werden können. Durch den häufigen Arbeiterschsel ist den
Interessen der Firma doch auch nicht gedient, aber ein friedliches
Arbeiten ist unter den jetzigen Umständen eben nicht möglich. Dann
war von der Direktion selber angeregt worden, die alte Mittags-
pause wieder einzuführen, auf Anraten des Arbeiterausschusses wurde
sie noch um eine Viertelstunde verlängert. Bis heute sind in dieser
Sache aber nur leere Versprechungen gemacht. Auch wegen Ver-
änderung der Arbeitsordnung hält sich die Direktion in Schweigen.

Die Arbeiterschaft ist der Meinung, daß Herr Wertheim dieser Sicht sein Wert zu den Belegschaften gewiesen sei. Bei Übergabeung der halbjährlichen Mittagspause hatte Herr Wertheim den Arbeitern das Versprechen gemacht, die Arbeitssatzung möglicherweise zu bestätigen. Gleich darauf wurde aber die 10 Minuten lange Mittagspause eine regelmäßige. Die Arbeiterschaft hatte die soeben wenig Erleichterung mit der amerikanischen Arbeitszeit gemacht. Nun ist aber weiß sie, was es heißt, von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr ununterbrochen auf den Beinen zu sein. Wir glauben es den Meistern und dem Herren Betriebsälter genau, daß ihnen an der verlängerten Mittagspause nichts gelegen ist. Über sie kommen doch wohl bei dem Interesse der gesamten Arbeiterschaft nicht so in Frage, deshalb hoffen die Arbeitnehmer auch, daß die Direktion ihr Versprechen noch einlösen wird. Die schon eingangs erwähnt, sollen diese Sellen den Zweck haben, die Kollegen über die heisigen Verhältnisse aufzuklären und sie vor eben diesem Schaden zu bewahren. Auch die Lebensverhältnisse sind hier nicht so, wie die meisten Kollegen es sich vielleicht denken. Viele glauben, mit 40,- Stundenlohn ein Herrenleben hier führen zu können, weil Hameln ein kleines Nest ist. Haben sich die Kollegen aber erst einmal die Sache angeschaut, dann müssen sie die ungemeine Entbehrung machen, daß sie sich stark verrechnet haben. Die Lebensmittelpreise sind hier außerordentlich hoch, unter 12 M. ist hier kein Brotloß zu bekommen. Dann sind hier hohe Kommunalabgaben zu leisten. Das sind alles Sachen, die die meisten Kollegen nicht rechnen, die aber viel dazu beitragen, daß die Kollegen nach kurzer Zeit enttäuscht von dannen ziehen.

Stollberg i. S. Es ist die höchste Zeit, daß man sich einma
ßentlich mit der **W e c k t s c h e n** Nadelnfabrik beschäftigt, die weit und
breit berühmt ist, nicht etwa wegen guter Behandlung der Arbeiter
sondern vielmehr wegen ihrer Erzeugnisse. In diesem Betrieb wird
alles versucht, den organisierten Arbeitern das Leben schwer zu
machen. Im Monat Juli kam eines Tages der Herr Geschäftsführer
H e u e r zu zwei organisierten Arbeitern und hielt ihnen vor, daß
es wenig zu tun gäbe und sie doch andere Arbeit verrichten könnten.
Die beiden Arbeiter jedoch, die die Arbeit schon seit 12 Jahren ver-
richten, willigten nicht ein und meinten, es sollten doch die Arbeiter
die erst ganz kurze Zeit die Arbeit machen, zu unserer Arbeit heran-
gezogen werden. Es half aber alles nichts, sie kamen von ihrer
gewohnten Arbeit weg und damit basta. Die beiden Arbeiter ver-
dienten bisher in 14 Tagen 45 bis 50 M., jetzt aber bekamen sie
Arbeit mit einem Stundenlohn von 18 S. für den Verheiraten und
23 S. für den Ledigen, der seine Mutter mit zu ernähren hat; da-
sind in der Woche 10,50 M. und 13,50 M., damit kann man in der
jetzigen herrlichen Zeiten, von denen auch die Bedürftigen Arbeiter
nicht verschont geblieben sind, herrlich und in Freuden leben. Da-
diesen Hungerlöhnen war es unmöglich, auszukommen, deshalb habe-
te es die Arbeiter vorgezogen, dem Betrieb Valet zu sagen. Wenn in
solchem Falle von Hungerlöhnen gesprochen wird, hat das gewi-
seine Berechtigung; beträgt doch der Höchststundenlohn nur 30 S.
Ja, es soll sogar der Fall sein, daß für gewisse Nadeln in Chemnitz
viel höhere Gütze gezahlt werden als in Stollberg, trotzdem es die
gleiche Firma ist. Auch das Strafystem steht in schönster
Blüte. Soll es doch vorkommen, daß, wer 2 bis 3 Minuten zu spät
zur Arbeit kommt, sofort in Strafe verfällt, trotzdem erfahren die
Arbeiter nicht viel davon, was mit diesen Geldern geschieht. Ein
weiterer Nebelstand soll das Saalfehren während der Arbeit setzen.
Es könnte mit Leichtigkeit auch hier Abhilfe geschaffen werden. Ge-
radezu erbärmlich ist es, wie von Beamten mit Hilfe von Aus-
arbeiter-Gefängnisschlüsselet getrieben wird. Hierfür ein Beispiel:
Vor längerer Zeit waren mehrere Arbeiter durch eine Versammlung
der Organisation zugeführt worden. Jungs mußten sich die Arbeiter
am nächsten Tage im Kontor vorstellen und ihren Eintritt wider-
rufen. Die Beamten, die sich an dieser Jagd beteiligen, scheinen
nicht zu wissen, daß die Profitsucht des Unternehmers auch vor den
Beamten nicht halt macht. Diese Handlungswweise gibt bereites Zeug-
nis davon, wie dem Herrn Geschäftsführer Heuer samt seinen Unte-
beamten der Deutsche Metallarbeiter-Bund im Magen liegt. Ar-
beiter und Arbeiterinnen! An euch liegt es nun, diesen Unmenschungen
ganz energisch entgegenzutreten. Das könnt ihr nur dann mit Erfolg,
wenn ihr euch allesamt dem Deutschen Metallarbeiter-Bund
anschließen, dann nur er herstellt eure Interessen.

Schloesser.

Berlin. Der Streik der Baufacharbeiter ist aufgehoben worden. Es gelang der Kommission, vom 1. April 1911 an für Gesellen, die zwölf Jahre lang ausgelernt haben, einen Stundenlohn von $52\frac{1}{2}$ Pf. durchzusetzen. Gesellen im ersten Jahr nach beendeter Lehrzeit erhalten $47\frac{1}{2}$ Pf., im zweiten Jahre 50 Pf. Mindestlohn. Bei neu Eingestellten, die innerhalb der ersten sechs Arbeitstage wegen ungenügenden Leistungen entlassen werden, ist der Lohn auf 45 Pf. festzusetzen. Höhere Löhne werden nach Leistung und Vereinbarung bezahlt. In einer am 18. August abgehaltenen Versammlung stimmten 243 für die Annahme der Vorschläge und 273 dagegen. Da die für Fortsetzung des Streiks erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht mehr vorhanden war, gilt der Streik als aufgehoben.

R u n d s c h a u .

EinerEischartlicheß.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt vom 24. bis 29. Mai in Dresden seinen fünften Verbandsstag ab. In der letzten Berichtsperiode (1906 bis 1908) ist die Mitgliederzahl von 16 790 auf 24 378 gewachsen. Von den Mitgliedern arbeiten in Gaswerken 40,4 Prozent, in der Straßenreinigung 10,5 Prozent, im Hoch- und Tiefbau 6,1 Prozent, im Straßenbau 5,5 Prozent, in Wasserwerken 5,3 Prozent, in Elektrizitätswerken 3,2 Prozent u. s. w. Eingenommen wurden während der genannten Zeit 819 759,36 M. ausgegeben 644 326,99 M. Das Vermögen betrug am Ende des vorigen Jahres 331 219,08 M. Der Vorstand legte bei seiner Berichterstattung sehr über die „Konkurrenz“, dem Verband von anderen Gewerkschaften gemacht wird. Vertreter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes glaubten früher unter anderem auch ein Recht auf die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu haben, die auf Kaiserlichen Werften arbeiten. Das Gedächtnis, das sie von dieser Forderung bei unseren Kieler Kollegen erregten, bewog jedoch, vorläufig von dieser Forderung abzusehen.) In der Debatte über den Vorstandsbericht wies der Vertreter der Generalunion, Genosse Bauer, unter dem Widerspruch des Verbandsstages darauf hin, daß der Beschluß des letzten Gewerkschaftskongresses auch für den Verband der Gemeindearbeiter gälte, um daß es zu unliebsamen Folgen führen könnte, wenn der Verband mit Vorbedacht gegen diesen Beschluß verstoße. Nachdem der Vorsitzende Mohs über „die Stadtgemeinde als Arbeitgeber“ referiert hatte und eine entsprechende Resolution angenommen worden war, berichtete Hagemann (Ronnheim) über den Gewerkschaftskongress, wobei die Frage der Grenzfesteigleiten von neuem aufgerollt wurde und es auch nicht ohne Seltenschiebe auf den „Großen Deutschen“ (Gemeint ist in dieser „witzigen“ Bezeichnung der Deutsche Metallarbeiter-Verband) abging. Es wurde eine Resolution angenommen, wonin nach vor die in städtischen und staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeit und Unterangestellten „ihre wirtschaftlichen Interessen nur durch eine gemeinsame Betriebsorganisation“ nicht aber durch „Anschluß an die einzelnen Berufsorganisationen“ wahren können. Der letzte Verhandlungstag nahm einen eigenartigen Verlauf. Es war am vorletzten Tage vorgeschlagen worden, den Beitrag für weibliche Mitglieder auf 25 S. festzusetzen, den für männliche Mitglieder mit einem Verdienst bis zu 20 M. auf 35 S. für die übrigen auf 45 S. Die Erwerbslosenunterstützung sollte dementsprechend erhöht werden. Dies wurde mit 33 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Am letzten Tage schlug die Statutenberatungskommission vor, die Vor

gabt auf 31 A stimmen. Dies wurde durch „Abstimmung zur Tagessordnung“ erledigt. Gehen wurde durch eine neue Abstimmung erklärt, daß die Durchsetzung über die Beitragssteigerung überhaupt geschlossen sei. Nun gab es eine lange Debatte, ob man den Vorschlag des Vorstandes abgelehnt, doch mit 37 gegen 35 Stimmen Wiederwahl in die Verbandskünste beschlossen wurde. Darauf legte jedoch die Zeitung des Verbandsstages die Kündigung. Nach einer Pause führte dann der Verbandsvorstand die Verbandskünste weiter und der Verbandsstag stellte nun ein Urteil für eine Beitragssteigerung. Groß Vorschläge wurden nacheinander mit namentlichen Abstimmungen abgelehnt, bis schließlich ein Beitrag mit den Beitragsfaktoren von 35 und 40 % eine Mehrheit fand. Bei der Wahl des Vorstandes erhielt G e d m a n n (Mannheim) 26 Stimmen und der bisherige Vorsitzende M o h s 25. Gedmann nahm die Wahl nicht an, beigleichen Mohs, weil er in dem Abstimmungsresultat ein Misstrauensvotum erblickte. In der darauf folgenden sehr erregten Debatte wurde bekannt, daß während des ganzen Verbandsstages im stillen gegen Mohs gearbeitet worden ist. Schließlich wurde Mohs mit 38 gegen 1 Stimme wiedergewählt (anwesend waren 53 Delegierte).

Schmiede. Die Rebaktion der Schmiede - Sektion scheint sehr nerös zu sein. Unsere Notiz in Nr. 88 der Metallarbeiter-Zeitung über die Mitgliederbewegung der Metallarbeiterorganisationen war doch wahrlich nicht so gehalten, daß ein verhünstiger Mensch Schadenfreude über einen etwaigen Mitgliederverlust des Schmiedeverbandes herauslesen könnte. Dennoch bringt die Schmiede-Zeitung es fertig, zu schreiben:

„Uebrigens erlauben wir uns zu dieser Neuerung des Bruder-
organs eine Frage: Würde ein kleiner Rückgang denn nicht be-
bauert werden? Es steht so eigenartig, daß es einen so großen
Rückgang bebauen würde. Oder sind die Worte gebraucht, um die
Gedanken zu verbergen?“

Blau gekleidet für christliche Arbeiter.

Selbst dem 22. Juli streikten in B a d i s c h - R h e i n f e l d e n die Arbeiter der Aluminiu m - W o r k e Neuhausen - R h e i n f e l d e n . Sie forderten Erhöhung des Taglohns, höhere Entschädigung für Nacharbeit, anderthalbstündige Arbeitspause und formelle Anerkennung des Verbanbes. Die Streikenden gehörten dem c r i s t l i c h e n M e t a l l a r b e t e r v e b a n d an. Verschiedene Vermittlungsversuche wurden von der Fabrikleitung abgelehnt. Obwohl es an Provokationen nicht fehlte, verhielten die Aussländigen sich ruhig. Nach und nach gelang es der Firma, etwa 30 Arbeitswillige heranzuziehen; auch stand noch weiterer Zugang in Aussicht. Dies erbitterte die übrige Arbeiterschaft in Rheinfelden mehr, als die Streikenden selber. Am 13. August kamen noch einmal ungefähr 30 Mann. Sie wurden jedoch nicht in Rheinfelden, sondern in der nächsten Station Beuggen ausgeladen und von Gendarmen und Meistern nach Rheinfelden gebracht. Unterwegs kam es zwischen Streikenden und den Transportteilern zu Auseinanderen, bei denen der Aufseher F i s c h e r von seinem Revolver Gebrauch machte. Infolgedessen entstand natürlich eine große Erregung unter der zusammengezogenen Volksmenge. Von den drei anwesenden Gendarmen wurde verlangt, daß sie Fischer verhaften sollten. Dies geschah nicht und dadurch wuchs die Erbitterung noch mehr. Über die folgenden Ereignisse gehen die verschiedenen Nachrichten, die uns vorliegen, auseinander. Nach einigen soll zunächst die Kantine und der Konsumladen mit Steinen bombardiert, ferner sollen einige Beamtenwohnungen demoliert worden sein. Nach dem Bericht im christlichen Metallarbeiterorgan soll dies erst geschehen sein, nachdem aus der Fabrik G e d o e h r s c h u f f e gefallen waren. Diese hatte der Portier B i e l abgegeben. Ein verheirateter italienischer Arbeiter, der Vater von vier kleinen Kindern ist, fiel tot niederk, ein anderer Arbeiter wurde schwer verwundet. Es ist selbstverständlich, daß die Erregung der Menge sich nunmehr zu höchster Wut stiegerte. Nachdem die Gendarmen Verstärkung erhalten hatten, verhafteten sie Biel und Fischer und es trat dann Ruhe ein. Um folgenden Tage wurde Militär requirierte und über Rheinfelden der Belagerungszustand verhängt. Nach einigen Tagen wurde der Streik beendet. Über den Erfolg wurde ebenfalls verschieden berichtet. Das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes gibt an, daß außer 10 Prozent Lohn erhöhung und 20 % Leuerungszulage die Einsetzung eines Arbeiterausschusses bewilligt wurde. Nach anderen Mitteilungen hat die Direktion zunächst nur bewilligt, daß keine Maßregelungen stattfinden sollen und ein Arbeiterausschuß einzusetzt wird. Dieser soll dann mit der Direktion über die anderen Forderungen verhandeln. Nach den uns vorliegenden Nachrichten haben auch bei diesem Streik Leute eine Rolle zu spielen versucht die gar nicht an ihm beteiligt waren. Hauptächstlich soll eine Anzahl Schweizer gegen die Wiederaufnahme der Arbeit Einspruch erhoben haben. Als die Aussländigen diese einstimmig beschlossen sollen die genannten Schweizer den christlichen Sekretär E n g e l aus Straßburg mit F i s c h e r b e d r o h t haben. Engel, sowie die Gewerkschaftssekretäre K a m m e r e r und C i e f e r sollen mit militärischem Schutz in ihr Hotel gebracht worden sein. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Die Arbeitswilligen mußten auf barfüßige Weise Rheinfelden wieder verlassen.

Vom Husland.

Schweben.

In dem Stande des Generalstreiks ist keine wesentliche Anerkennung eingetreten. Von den Buchdruckern haben sich 98 Prozent der Bewegung angeschlossen. Der Sekerverband lehnte einen Beitrag auf Wiederaufnahme der Arbeit ab. In Malmö haben die Streikenden eine eigene Bäckerei errichtet. Auch an anderen Orten begann man mit der Verteilung von Lebensmitteln an die Ausständigen. Versuche, von England Streikbrecher herbeizuholen, führten zunächst zu einer vom englischen Handelsministerium erlassenen Verordnung, die folgendes lautet:

"Das Handelsministerium hat aus einer maßgebenden Quelle erfahren, daß Versuche gemacht werden, britische Arbeiter als Streitbrecher nach Schweden einzuführen. Das Ministerium wünscht alle beteiligten Personen vor der Gefahr zu warnen, die eine zu solchem Zweck unternommene Reise nach Schweden mit sich bringt."

Die im anarchistischen Lagerwasser regelnden *Zulu* und *Utopia* ließen sich bei dieser Gelegenheit hervorzuhalten (gerade wohin anderswo). Ihre "Hauptersorgung" bestand indessen vorsätzlich nur in der Beschlagnahme ihrer Preherzeugnisse und in der Verhaftung einiger Elständer.

Die bürgerliche Presse versucht durch Flugblättchen mit aller möglichen Schwindelmachungen die Reihen der Streikenden ins Wanken zu bringen, bis jetzt allerdings ohne Erfolg. Am 15. August erließ die Oberleitung des Generalstreiks an etwa 400 örtlichen Streileitungen ein Rundschreiben mit dem Erischen, anzugeben, wie viele Arbeiter der Unterstützung bedürfen. Danach soll die Verteilung der Lebensmittel geregelt werden. Die Oberleitung beachtfügt, *Werksdörfer* im Wert von einer Million Kronen wöchentlich auszustellen, worauf die Streikenden ihre wichtigsten Lebensmittel entnehmen sollen. Das Landesföderatariat verpflichtet sich, diese Wertigkeiten innerhalb eines Jahres einzufüllen. Es rechnet dabei auf Hilfe vom Ausland.

Herner wird berichtet, daß von 7000 organisierten Arbeitern sich nur 2000 dem Generalstreik angeschlossen haben. Die Unternehmer hatten gehofft, daß Montag den 16. August

Die Unternehmer hatten gehofft, daß Montag den 16. August sich viele der Steilenden zur Biederaufnahme der Arbeit melden.

